

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 127.

Dienstag, den 2. Juni 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Liberaler Arbeiter.

W. B. Zu Frankfurt a. M. hat bekanntlich ein „fortschrittlicher“ Arbeitertag stattgefunden und hat in dieser Stadt einen „liberal-demokratischen“ Arbeiterausschuß für Südwestdeutschland eingesetzt. Die freisinnige Presse knüpft an diese Gründung ziemlich weitgehende Hoffnungen und meint, man solle sich nicht irre machen lassen, wenn die Sozialdemokratie ihren Spott über die Sache ausgieße. Nun, wir wollen nicht leugnen, daß das Jongleurspiel mit den Begriffen „liberal“ - „fortschrittlich“ - „demokratisch“ uns eine kleine Erheiterung bereitet hat, und es ist ergötzlich, daß der Blockfreisinn, dem der Boden immer mehr unter den Füßen schwindet, mit der Geberde von Hosenträger und Ähnliches verkaufenden Marktschreier die Arbeiter zu sich heranzulocken sucht. Wozu sollten wir diese Erscheinung auch allzu ernst nehmen? Die Experimente, die der Liberalismus, namentlich der „entschiedene“, mit den deutschen Arbeitern unternommen hat, mußten alle kläglich mißglücken, weil man dabei die Veränderungen verkannte, die durch die wirtschaftliche Entwicklung selbst in dem Verhältnis von Arbeitnehmern und Arbeitgebern herbeigeführt worden sind.

Schon vor vierzig Jahren, im September 1868, wurden die Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine begründet, deren Vorbild die englischen „Trades Unions“ sein sollten. Diese Gewerksvereine waren aber dem englischen Vorbild sehr unähnlich. Während die englischen Arbeiterorganisationen riesenhafte Kämpfe mit dem Kapitalismus ausfochten und sich eine achtunggebietende Position schufen, stellten die Leiter der deutschen Gewerksvereine unter der Führung von Max Hirsch und Franz Duncker die „Harmonie zwischen Arbeit und Kapital“ als leitendes Prinzip auf: Arbeitseinstellungen sollten möglichst vermieden werden. Ähnlichkeit zwischen den englischen und diesen Gewerksvereinen waren nur insofern vorhanden, als beide sich zu Anhängeln bürgerlicher Parteien gebrauchen ließen. In Deutschland bildeten die Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine nur ein Anhängel der früheren Fortschrittspartei, die sie dann dem Freisinn zuführte. Es konnte nicht ausbleiben, daß das Harmonie-Apostelstum in der Epoche der sich verschärfenden Klassengegenstände dem Spott verfiel. Seit langer Zeit schon gingen Zahl und Einfluß dieser liberalen Arbeiterorganisationen zurück und heute haben sie gar keine Bedeutung mehr.

Die „liberal-fortschrittlich-demokratischen“ Arbeiter, die sich in Frankfurt a. M. eine neue Zentralstelle geschaffen haben, wissen nicht, wie sie sich zu dem Block verhalten sollen. Man hat versucht, sie für den Block einzufangen. Der bekannte Herr Lischendörfer meinte, man solle beachten, daß die fortschrittlichen Parteien plötzlich „zu Macht und Einfluß“ gelangt seien. Das Regieren wolle doch auch gelernt sein, und wo ein Mann nun mitmache, da dürfe man nicht schlechthin ablehnen. Also man glaubt, diese „liberal-fortschrittlich-demokratischen“ Arbeiter seien so töricht, daß sie nicht einmal sehen, wie die Freisinnigen im Block von den Junkern am Ohr geführt werden, und man will ihnen einreden, daß der Freisinn schon am „Regieren“ beteiligt sei. Welch eine Komödie!

Es wurde dem fortschrittlichen Arbeitertag eindringlich gesagt, Arbeiterschaft und Bürgertum müßten zusammengehen, um das Junkertum mit seiner agrarischen Politik zu bekämpfen. Recht schön! Die klassenbewußten Arbeiter stehen bei diesem Kampf im Vordertreffen. Das „entschiedene liberaler“ Bürgertum braucht sie nur dabei zu unterstützen. Statt dessen fällt der Freisinn der Sozialdemokratie, wo er kann, in den Rücken und schließt mit den Junkern Wahlbündnisse ab. Das ist doch in allen Zeitungen zu lesen und man kann daher nur annehmen, daß die „fortschrittlichen Arbeiter“ mit ihren deplatzierten Redensarten sich selbst über die traurigen Tatsachen der Block-Epoche hinwegtäuschen wollen.

Dieser fortschrittliche Arbeitertag hat dann beschlossen, daß der Liberalismus den Forderungen der Arbeiter mehr Rechnung tragen solle. Die Antwort auf ein solches Ansuchen hat der gesamte Liberalismus schon im voraus durch seine Haltung gegenüber dem Vereinsgesetz gegeben. Im Herbst kommt nun die Finanzfrage zur Entscheidung. 400 Millionen sollen neu beschafft werden und man will diese enorme Neubelastung abermals auf die „schwächeren Schultern“, auf die nichtbesitzenden Klassen abwälzen. Auch der „entschiedene Liberalismus“ läßt keinen Zweifel mehr darüber zu, daß er unfaul und für den „Usbau“ der indirekten Steuern eintreten wird.

Ferner beschloß der fortschrittliche Arbeitertag, daß die liberalen Arbeiter sich mehr an den liberalen Parteibestrebungen beteiligen sollen. Hier wird ein kläglich er

Punkt berührt. Liberale Blätter erklären mit feuerfester Miene, die Arbeiter seien in den liberalen Organisationen willkommen, und wenn bisher dort wenig Arbeiter zu finden gewesen seien, so käme das nicht daher, daß man sie nicht haben wolle, sondern weil die Arbeiter eine „gewisse Scheu“ davor haben. Ach, eine gewisse Scheu! Wir können uns da ganz gut hinein denken. In den liberalen Parteioptionen sind eben die Arbeiter mit den Arbeitgebern zusammen, möglicherweise mit den eigenen, und da sagen sie sich, wenn sie noch so zahm liberal sind, daß sie dort nichts erreichen können, was den Wünschen und Interessen der Arbeitgeber zuwider läuft. Daher die „gewisse Scheu“. Erlangten aber die Arbeiter in einer solchen Organisation die Ueberzahl und wollten sie gegen die Interessen der Arbeitgeber beschließen, so würde sofort eine Spaltung eintreten.

Man sieht, diese „liberalen“, resp. „fortschrittlichen“ und „demokratischen“ Arbeiter sind wohlgezogene Kinder. Sie haben noch den Wunsch ausgedrückt, das liberale Bürgertum möge sich nicht vor der „aufsteigenden Arbeiterschaft“ fürchten, denn „die meisten Lohnbewegungen würden durch die verteuerte Wirtschaftspolitik verursacht“. Ach, wie wenig kennen diese naiven Leute die Unternehmer! Wenn von diesen mehr Lohn gefordert wird, so werden sie Widerstand leisten, gleichviel, welcher Art die Gründe der Lohnforderungen sind, so lange sie können. Und in den meisten Fällen werden darum die Arbeiter nicht weniger gehässig behandelt werden.

Ubrigens mögen die „fortschrittlichen“ Arbeiter unbesorgt sein; vor ihnen fürchtet sich das Bürgertum nicht und betrachtet ihre Organisationen durchweg als eine Spießerei. Respekt hat das Bürgertum nur vor jenen Arbeitern, die begriffen haben, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur deren eigenes Werk sein kann und die darum den Klassenkampf führen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine teure Verwaltung

Hat das Deutsche Reich infolge der unverhältnismäßig hohen Zivillisten, die es aufzubringen hat. Manche Staatsoberhäupter der kleineren deutschen Bundesstaaten erhalten zwar offiziell keine Zivilliste, doch wird hier nur der Form nach ein Unterschied gemacht, da ihnen als Einnahmen ein großer Teil des Dominialvermögens und der Domänen einkünfte überlassen wurde. Es erhalten die Staatsoberhäupter von:

Preußen	15 719 296	Mrk.
Bayern	5 403 986	„
Württemberg	2 115 877	„
Sachsen	4 074 588	„
Nach	1 876 269	„
Hessen	1 265 000	„
Braunschweig	1 125 823	„
Anhalt	1 688 169	„
Sachsen-Mittelelbe	800 000	„
Oldenburg	510 000	„
Sachsen-Koburg-Gotha	104 000	„
Sachsen-Weimaringen	800 000	„
Sachsen-Weimar-Eisenach	960 000	„
Mecklenburg-Schwerin und Strelitz	400 000	„
Reuß ältere und jüngere Linie	300 000	„
Schaumburg-Lippe	250 000	„
Lippe-Deimold	200 000	„
Schwarzburg-Rudolstadt u. Sondershausen	400 000	„
Waldeck	200 000	„

38 192 499 Mrk.

Hierzu bemerkt die „Berliner Volksztg.“: Zusammen also über 38 Millionen Mark! Dazu kommt noch die Steuerfreiheit der Fürsten aus ihrer Zivilliste und aus ihrem zum Teil sehr großen Kapitalvermögen. Dazu kommt ferner die Postfreiheit für alle ihre Postsendungen auch privater Natur, zum Beispiel auch der Versandgegenstände aus ihren Gewerbebetrieben, die natürlich gleichfalls gewerbesteuerfrei sind. Rechnet man demgemäß das zusammen, was die Fürsten bekommen, und das, was sie vermöge ihrer besonderen Privilegien nicht zu zahlen brauchen, so ist der Gesamtanspruch ihrer Jahresbezüge aus öffentlichen Mitteln mit 40 Millionen eher zu niedrig als zu hoch berechnet. Die besonderen Steuern, die hier und da noch erhoben werden, wie zum Beispiel in Mecklenburg die sogenannte Prinzensteuer, ist dabei noch nicht in Anschlag gebracht. Waldeck, ein Land, nicht größer als ein preußischer Landkreis im Durchschnitt ist, — es hat 60 000 Einwohner — hat gleichwohl für seinen Landesfürsten 200 000 Mark aufzubringen. Man vergleiche damit die räumlich 8300 mal so großen Vereinigten Staaten mit ihren 86 Millionen Einwohnern. Und was zahlen diese 86 Millionen Menschen ihrem Staats-

oberhaupt? Außer freier Wohnung, Heizung und Beleuchtung im Weißen Hause zu Washington beträgt das Gehalt (Zivilliste braucht man hier nicht zu sagen) des Präsidenten der nordamerikanischen Union 225 000 Mark. Wollte man die Zivilliste des Fürsten von Waldeck nach Maßgabe der Kopfzahl in Waldeck und Nordamerika unter Zugrundelegung des Gehalts Roosevelts bemessen, so würden dem Fürsten von Waldeck etwa 160 Mark zufallen. Umgekehrt, wollte man den Präsidenten der Vereinigten Staaten nach dem Maßstabe der Einwohnerzahl von Waldeck und der dort gezahlten Zivilliste bemessen, so hätte er Anspruch auf ein Jahresinkommen von 319 Millionen Mark. Die Aufbringung dieser Summe würde den Amerikanern natürlich immer noch leichter werden als den Deutschen die Aufbringung von 40 Millionen Mark des gesamten Zivillistenbetrages. Der nordamerikanische Präsident aber macht's für 225 000 Mark. Etwas mehr erhält der Präsident der französischen Republik, nämlich außer freier Wohnung, Heizung und Beleuchtung 1 200 000 Francs bei 38 Millionen Einwohnern. Er steht sich immerhin noch nicht so gut wie der Herzog von Braunschweig, das noch nicht eine halbe Million Einwohner hat. Wir führen alle diese Momente nur an, um darzutun, daß diejenigen Hof- oder Regierungskreise in Preußen, die jetzt schon wieder einmal eine Erhöhung der preußischen Zivilliste fordern möchten, augenscheinlich nicht daran denken, daß sie durch diese Forderung die öffentliche Kritik erst auf Verhältnisse lenken, an denen die Bevölkerung sonst achtlos vorüber zu gehen pflegt. Daß sie damit dem „monarchischen Gedanken“ gerade einen Gefallen tun, das wird sogar in sehr konservativen und sehr loyalitätsbesessenen Kreisen bezweifelt.“ — Sehr richtig.

Eine „vermannte Geschichte“.

Böse hineingelegt wurden am Freitag abend die Freisinnigen zu Charlottenburg von einem ihrer Anhänger. Sie hatten nach dem „Lübecker Bote“ eine öffentliche Versammlung einberufen, die zunächst einen Vortrag von Albert Träger anhörte. Herr Träger verbreitete sich nur über das Wahlrecht, legte die Schädlichkeiten und Ungerechtigkeiten des Dreiklassenwahlrechts auf Preußen, indem er zugleich jeden Ruhhandel verwarf. „Wenn jemand eine Kuh für 100 Mk. anbietet, dabei aber gleich sagt, er gebe sie auch für 50 Mk., dann wird er ganz sicher nicht einen Pfennig mehr als 50 Mk. kriegen“, meinte Herr Träger. Nach einigen nebenläufigen Ausführungen des Herrn Dr. Spiegel nahm alsdann der freisinnige Kandidat Professor von Liszt das Wort. Auch er beschränkte sich auf die Wahlrechtsfrage. Da aber sachlich den Ausführungen Trägers nichts mehr hinzuzufügen war, hielt er es für angebracht, ein persönliches Loblied auf Wiemer, Kopsch und Fischbeck anzustimmen, die sich in den letzten Wochen in der selbstlosesten Weise aufgeopfert hätten, nur um — wenigstens glaubt das Herr Professor von Liszt — das Reichstagswahlrecht für Preußen zu erwerben. „Wer das Gegenteil behauptet, müsse das auch beweisen.“ Dann aber überraschte Herr von Liszt die Versammlung mit einem funkelneuen Gedanken. Die Ausichten für das Wahlrecht in Preußen ständen gar nicht so schlecht, meinte er. Denn die Freisinnigen hätten es ja in der Hand, durch Verweigerung der Finanzreform im Reichstage wenigstens einen Teil der Reform, die sie in Preußen erstreben, durchzusetzen. Und nun nahte das Verhängnis.

In der Diskussion sagte ein Mitglied der Freisinnigen Volkspartei, er habe einen Widerspruch bemerkt zwischen den Ausführungen der Herren Träger und v. Liszt. Träger (der inzwischen bereits fortgegangen war) habe ausdrücklich die Parole „alles oder nichts“ verprochen, v. Liszt dagegen habe durchblicken lassen, daß er nötigenfalls auch mit teilweisen Verbesserungen des Wahlrechts vorlieb nehmen würde. —

„Der vermannte uns jetzt die ganze Geschichte“, stöhnte einer der Herren am Vorstandstisch, aber leider entfuhr ihm der Seufzer so laut, daß die Nachstehenden ihn hörten.

Genosse Borchardt, der nunmehr zu Worte kam, verfehlte denn auch nicht, darauf hinzuweisen, daß Herr Träger eine brillante Rede gehalten habe gegen die Freisinnige Volkspartei, und daß der Kandidat v. Liszt sich sofort als einer von denen bekannt habe, die die Kuh doch wieder für 50 Mk. fortgeben wollten. Tatsächlich sei die große Masse des Freisinn mit der Taktik der Wiemergruppe ganz einverstanden. Daran werde auch eine so achtenswerte Persönlichkeit wie Professor v. Liszt nichts ändern können. Für ihn werde es nur zwei Wege geben, die gekennzeichnet seien durch die Namen Naumann und Barth. Entweder werde Herr v. Liszt sich ebenso maulern wie Naumann, oder er werde sich selbst trennen bleiben und dann ebenso in die Wüste gestochen werden wie Barth.

Doch das Maß der Leiden war für den Freisinn noch nicht voll. Infolge dieser Diskussion richtete ein folgender Redner die direkte Frage an den Kandidaten, ob er etwa auch zu denen gehöre, die sich vom Reichstagswahlrecht etwas abhandeln lassen wollen, und zwang dadurch Herrn v. Liszt, in seinem Schlusswort zu erklären, daß er für die Parole „alles oder nichts“ nicht zu haben sei. Es werde von der politischen Situation abhängen, wieviel man durchsetzen könne. Nur, sagte Herr v. Liszt hinzu, wer nicht mindestens das gleiche Wahlrecht durchsetzen wolle, sei überhaupt nicht liberal.

Für die Wähler ist dieser Vorgang ein neuer Beweis, daß selbst auf die persönlich achtungswertesten Männer des Freisinn kein Verlaß ist. Bekanntlich wollen auch die Nationalliberalen das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht für Preußen, nur soll es nicht gleich sein für jedermann. Kommt es überhaupt zu einer Reform, so werden wir es erleben, daß der Freisinn auch das schlucken wird, trotzdem Herr v. Liszt den Verzicht auf das gleiche Wahlrecht ausdrücklich als „überhaupt nicht liberal“ bezeichnet hat. Darum, wer nicht die Reaktion stärken will, darf keinen Freisinnigen wählen!

Die Steuerpläne des Reichsschatzsekretärs Sydow.

Aber diese Pläne glaubt der Berliner Korrespondent der „Befreiung“ folgende Mitteilungen machen zu können:

Wenn von verschiedener Seite angedeutet worden ist, daß die bisher gleichfalls in Aussicht genommene Erweiterung der Reichserbschaftsteuer fallen gelassen ist, so läßt sich das in so positiver Form heute noch nicht sagen. Herr v. Rheinbaben mag zwar mit Rücksicht auf seine konservativen Freunde und sein eigenes politisches Glaubensbekenntnis sich wenig mit der geplanten Ausdehnung der Erbschaftsteuer befremden, aber auch andere Steuern, die Herr Sydow heute noch in seiner Mappe verborgen hält, werden bei den anderen Bundesstaaten Anstoß erregen. Bis zu dem fertigen Beschluß des Bundesrats werden sicherlich noch viele Einwendungen von dieser oder jener Seite erhoben werden. Im großen und ganzen stützt sich heute die Reform des Reichsschatzsekretärs wie im Anfang auf eine Neuregelung der Branntweinsteuer, einer Bier- und Tabaksteuer. Dazu kommen in der Hauptsache eine Elektrizitätskraftsteuer, eine Wein- und eine Wärfenumsatzsteuer. Als direkte Steuer hat Herr Sydow aus dem Schatze seines Amtsvorgängers die — Dividendensteuer hinübergerettet.

Es wird sich wohl bald zeigen, ob es sich hier um bloße Kombinationen oder um die wirklichen Pläne Sydows handelt. Darauf allerdings muß man gefaßt sein, daß der neue Reichsfinanzminister mit einer ganzen Reihe neuer Steuervorschläge kommen wird.

Bürgertum und preussischer Wahlkampf.

Die bürgerliche Presse in Preußen bietet noch heute, wenige Tage vor den Landtagswahlen, ein Bild der erhabensten Ruhe. Ein nicht allzu scharfsichtiger Leser könnte die gesamten Berliner Abendblätter vom letzten Freitag durchblättern, ohne aus ihnen zu ersehen, daß der preussische Staat unmittelbar vor den bedeutungsvollsten Entscheidungen steht, daß um die Gestaltung seines Parlaments für die nächsten fünf Jahre in diesen Tagen der Endkampf gekämpft wird.

Eine solche Trägheit und Gleichgültigkeit bei politischen Wahlen ist kaum noch außerhalb Preußens in irgend einem Lande erlebt worden und sie läßt sich nur erklären einerseits aus der besonderen politischen Apathie des an Bevormundung gewöhnten preussischen Spießbürgertums, andererseits aber, soweit in jenen Kreisen überhaupt politisch gedacht wird, an der allgemein verbreiteten Auffassung, daß es doch Sache wie Hofe und gehüpft wie gesprungen sei, ob nun ein Junker oder ein Freisinniger, ob ein Schwarzer oder ein Blauer gewählt wird.

Auf eine stärkere Wahlbeteiligung bürgerlicher Elemente ist, abgesehen von den nationalgemischten Wahlkreisen, nur dort zu rechnen, wo die Regierung ernstlich mit der Möglichkeit eines sozialdemokratischen Sieges rechnet. Dort wird man versuchen, den letzten Mann an die Urne zu schleppen, um das Eindringen des einzigen lebendigen und gesunden Elements in die große Schlaf- und Krankenkammer des Dreiklassenparlaments zu verhindern. Sonst wird die Beteiligung an den Landtagswahlen schwerlich viel stärker werden, als sie 1903 gewesen ist. In Berlin wenigstens ist ein großer Teil der Beamten entschlossen, durch Stimmhaltung gegen das Ausbleiben der versprochenen Gehaltsregulierung zu protestieren.

Auch in freisinnigen Parteikreisen ist die Stimmung flau, selbst der liberale Spießbürger ist durch den Kampf um die Blockpolitik und das stürmische Auftreten der Demokratie einigermassen konfus geworden, und will tun was Leute heinesgleichen in solchem Falle immer tun, d. h. die Decke über den Kopf ziehen und zu Hause bleiben.

Man kann aus dem jämmerlichen Bild solcher bürgerlichen Wahlkämpfe getreulich erkennen, was ein Staat ohne gleiches Wahlrecht und ohne Sozialdemokratie ist: ein Sumpf, in dem sich die Frösche Gutenacht sagen.

Die Blockliberalen voran.

Zum Kampf gegen die preussische Dreiklassenwahlrechtschwach? O, nein, damit haben die Herren es absolut nicht eilig. Ihr Latendurst drängt in anderer Richtung nach Befriedigung. Ihr Sehnen ist nicht nur darauf gerichtet, die höchste Kunst des Blockmeisters Bülow zu erlangen; sie geht noch höher hinaus; auch dem Träger der preussischen Krone wollen sie beweisen, welche nützliche Elemente sie im Block sind. Dafür liefern einen hübschen Beleg die Mitteilungen, die eine parlamentarische Korrespondenz zu der augenblicklich im Vordergrund stehenden Frage der Erhöhung der Zivilliste macht. Sie lauten:

In linksliberalen Zeitungen und Wahlversammlungen wird jetzt mit Vorliebe der Gedanke einer eventuellen Erhöhung der königlichen Zivilliste den Lesern und Wählern als Scharfgespenst vor Augen gestellt und die Forderung vertreten, nur solche Kandidaten zu wählen, die gegen solche Erhöhung stimmen würden. Demgegenüber sei folgendes festzustellen: Als im Reichstage im Frühjahr unerbittlich seitens der Regierung die Frage angeschnitten wurde, wie der Reichstag sich zu einer Reichsapanage für den Kaiser stellen

würde, wurde auf Seiten der Nationalliberalen und der Freisinnigen nur ein geringer Widerspruch gegen einen solchen Plan erhoben, während die übrigen Parteien Bedenken äußerten; und einem solchen Plane erst näher treten wollten, wenn die Finanzreformfrage glücklich und ausreichend gelöst würde. Die Liberalen meinten, es verstoße wohl nicht gegen liberale Grundsätze, wenn sie vom Reich verlangten, für den Kaiser des Reiches finanzielle Verpflichtungen einzugehen, es sei sogar unbillig, die ganze Last einem einzigen Bundesstaate (Preußen) aufzubürden. Sie erblickten in einer Reichsapanage sogar eine wünschenswerte Festigung des Reichsgedankens. Vorge schlagen wurde damals von liberaler Seite, die preussische Apanage nicht zu erhöhen, dagegen eine Repräsentationszulage von 5 Millionen Mark dem Kaiser vom Reich aus zu gewähren, von der Preußen ohnehin einen großen Teil tragen müsse, da diese Zulage durch Matrifularbeiträge oder eine ähnliche Beisteuerart aufgebracht werden müsse.

Es entspricht ganz dem Wesen des Blockliberalismus, der in ihm zur Herrschaft gekommenen widerlichen Streber, daß er am wenigsten Bedenken hat, zu den fast 16 Millionen, welche die preussische Zivilliste schon beträgt, noch etliche Millionen hinzuzubewilligen. Um „Gründe“ ist man ja, wie die Mitteilung ergibt, nicht verlegen. Das Argument von der „Unbilligkeit“, Preußen allein die Kosten der königlichen Hofhaltung tragen zu lassen, hätte übrigens auch ein Jesuit erfunden haben können. Eugen Richter war gewiß kein Mann der starren Grundzüge; wenn er aber die Taten seiner Epigonen erfahren könnte, er würde sich noch im Grabe dessen schämen. Der Blockliberalismus könnte ruhig den Gruß der römischen Gladiatoren auf seine Fahne schreiben: Morituri et salutate!

Sächsische Wahlrechtsuntersuchung.

Der nach dem Kompromißvorschlage umgearbeitete Regierungsentwurf wurde von dem Berichterstatter der Wahlrechtsdeputation der Zweiten Kammer vorgelegt und in zweiter Lesung durchberaten. Die Abg. Baer (freis.) und Goldstein (Soz.) beteiligten sich weder an der Abstimmung noch an der Beratung. Die Endabstimmung ergab die Annahme der Vorlage gegen 4 Stimmen. Die Deputation beschloß, noch vor Vertagung des Landtages einen Vorbericht erscheinen zu lassen. Die Regierung wird um einen Entwurf zur Wahlkreiseinteilung ersucht werden, da sie allein das Material hierfür zur Verfügung hat.

Serbien.

Bei den Wahlen zur Skupstina wurden am Sonntag 81 Regierungskandidaten, 46 Junggradikale, sechzehn Nationalisten, acht Fortschrittler und ein Sozialdemokrat gewählt. In acht Wahlkreisen sind Stichwahlen nötig. In Belgrad wurden drei Junggradikale und Finanzminister Pajich gewählt.

Samos.

Die „Revolution“. In den letzten Tagen brachte der Telegraph verschiedene Nachrichten über eine auf Samos ausgebrochene Revolution. Die an der kleinasiatischen Küste gelegene Insel ist ein Vasallenstaat der Türkei, aber mit stark ausgebildetem Selbstbestimmungsrecht. Der Sultan hat eigentlich mit dem Landesherrn nicht viel mehr zu tun, als daß er einen „Fürsten“ nach dem Geschmack der Inselbevölkerung sendet, oder eigentlich nur den von den „Untertanen“ selbst gewählten „Fürsten“ bestätigt. Allerdings muß er das ziemlich häufig tun, da die Inselaner die Gewohnheit haben, ihren Herrscher nach ein paar Jahren fortzujagen. Ein solcher „Thronwechsel“ vollzieht sich in der Regel ohne besonderes Aufsehen; nur diesmal sieht die Sache etwas anders aus. Der jetzigen „Revolution“ liegen nämlich wirtschaftliche Interessen zugrunde. Die Veranlassung gab neben Streitigkeiten des Senats mit dem Fürsten hauptsächlich die Einführung von Zigarettenmaschinen durch einen Deutschen namens Waker aus Dresden. Da Hunderte von Samioten die Fabrikation mit Handbetrieb ausübten, glaubten sie sich durch den Import von Maschinen in ihrer Existenz gefährdet. Sie drohten wiederholt dem Fürsten, falls er die Arbeit der Maschinen weiter gestatten würde, mit einem Aufstande. Als der Fürst, Kopsassits heißt er, nicht nachgab, erhoben sich die Samioten und sperrten den Fürsten und seine Frau einfach ein. Darauf erschien ein Kommando türkischer Gendarmen, das auf der Insel „Ordnung“ schaffen sollte; als es versuchte, zu landen, gab es einen Kampf, bei dem drei Gendarmen getötet und fünfzehn verwundet wurden. Nun schickte der Sultan Kriegsschiffe mit Landungstruppen. Über den weiteren Verlauf der Affäre ist noch nichts bekannt. Wahrscheinlich wird, wie in früheren Fällen, der Fürst sich ins Privatleben zurückziehen müssen, und der Sultan einen neuen Erbkönigen der Samioten bestatigen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 2. Juni.

Achtung Maurer! Über sämtliche Bauarbeiten am Bau von Görner u. Heidenreich in der unteren Braunkampfbau in der Marktstraße, sowie über den Siedebau in der Marktstraße ist seitens des Zweigvereins die Sperre verhängt. — Der Zugang von Maurern nach der Insel Fehmarn ist fernzuhalten.

Achtung Arbeiter! Über die chemische Fabrik in Schwartau ist die Sperre verhängt worden, weil Arbeiter wegen Beteiligung an der Maifeyer und Stellung einer Lohnforderung gemahnt wurden.

Achtung Steinischer und Hilfsarbeiter! Zugang ist fernzuhalten nach Lübeck, Travemünde, Lübbchen, Dalsow, Klück und Neumünster.

Achtung Schuhmacher! Über die Schuhwaren-Reparaturwerkstätten von Peter Bernhardt, Hüterdamm 10, sowie G. Deitmann, Königstraße 24, ist wegen Nichtanerkennung unserer Organisation die Sperre verhängt worden. Die Arbeiterschaft Lübecks wird ersucht, hiervon Notiz zu nehmen.

Zugang von Maurern und Zimmerern nach Söhrmann in Travemünde ist streng fernzuhalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.

Folgende Schuhwarengeschäfte und Schuhmachermeister haben die Forderungen der Gehilfen nicht anerkannt, obwohl sie in der Lage sind, die bescheidene Forderung der Gehilfen zu zahlen: F. Busch, Mühlentstraße, W. Kamm, Hülfstraße, G. Kamm, Grönsforders Allee, Johansen, Wölkensstraße, Wabe, Blücherstraße, Will, Blücherstraße, Wittkoth, Braunsstraße, Dorf, Grönitzstraße, Molge, Königstraße, Schluß, Beckergrube 35, Straubing, Möcklinger Allee 10. Wir ersuchen die Arbeiterschaft, hiervon gefälligst Notiz zu nehmen.

Mit einer Reihe von neuen Steuerprojekten beschäftigt sich nach Meldungen bürgerlicher Blätter gegenwärtig die hiesige Steuerbehörde; sie dürfte damit schon bald an die Öffentlichkeit treten. Meist sind es Steuern, die einzuführen schon früher erwogen worden sind, die aber vorerst noch zurückgestellt worden sind. In erster Linie wird wohl die Gewerbesteuer zur Einführung vorgeschlagen werden. Entgegen dem früheren Entwurfe sollen diesmal alle Geschäfte davon betroffen und auch die Rechtsanwälte, Notare, Ärzte, Zahnärzte, Zahntechniker usw., sowie die Warenhäuser herangezogen werden. Ferner ist die Besteuerung der Grundstücke nach dem gemeinen Wert in Aussicht genommen, was jedenfalls auch die Einführung der Wertwachstumssteuer in Folge haben würde. Von all diesen Steuerprojekten dürfte nur die Wertwachstumssteuer auf Gegenliebe bei der Sozialdemokratie rechnen können, da wir entschieden Gegner von Gewerbesteuern usw. sind.

Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins, welche gestern abend im Vereinshaus stattfand, erfreute sich eines guten Besuches. Genosse Th. Schwarz hielt einen Vortrag über „Dernburgs neue kolonialpolitische Wege“, den wir an anderer Stelle ausführlich wiedergeben. In der Debatte wurde hervorgehoben, daß man den Plänen Dernburgs pessimistisch gegenüberstehen müsse und nichts an der ablehnenden Haltung der Partei zur kapitalistischen deutschen Kolonialpolitik zu ändern sei. Die Abrechnung von der diesjährigen Maifeyer erstattete Genosse Ab. Schlers. Nach längerer Diskussion wurde gegen zwei Stimmen beschlossen, den über- schuß der Parteikasse zu überweisen.

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat Mai auf 792 (769), die der Besucher auf 846 (828). — Die eingeklammernten Zahlen sind die des vor- vergangenen Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 117 Personen. Auskünfte wurden erteilt 840 (824), darunter nach auswärts schriftlich 10 (11). Von den Besuchern waren organisiert 485 (466) Personen, und zwar gewerkschaftlich 297, politisch 22, gewerkschaftlich und politisch 166. Unter den verbleibenden 361 Nichtorganisierten befanden sich 84 Angehörige von Organisierten und 137 Organisations- unfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 619 (598) männlich, 220 (236) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilten sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 755 (736); selbständige Gewerbetreibende, Beamte u. d. d. d. Angehörige 84 (83); Organisationen 7 (9). In Lübeck-Stadt hatten von den Besuchern 676 (652) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 88 (89), Oldenburg 90 (76), Mecklenburg 13 (14), Preußen 23 (25) und sonstwo 1 (2). Die Auskünfte verteilten sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 200 (197), Arbeits- und Dienstvertrag 155 (146), bürgerliches Recht 318 (292), Strafrecht 53 (48), Gemeinde- und staatsbürgerliche Sachen 82 (90), Arbeiterbewegung 2 (3), Privatverträge 3 (10), Handels- und Gewerbsachen 4 (7), Verschiedenes 23 (20). Von den Auskünften machten 153 (163) die Anfertigung von 171 (183) Schriftsätzen erforderlich; außerdem gingen aus 62 (87) sonstigen Briefe und Postkarten. Ein gingen 129 (131) Postsendungen. Der 4. Mai zeigte mit 71 (51) die höchste, der 27. Mai mit 11 (10) die niedrigste Besucherzahl.

Der Beginn der Schwurgerichtsperiode ist auf den 16. Juni festgesetzt worden. Den Vorsitz wird Landgerichtsdirektor Kunde führen. Zum Vertreter des Vorsitzenden wurde Landgerichtsrat Dr. Wienau ernannt.

Vom Diebstahl wurde gestern mittag kurz nach 12 Uhr der bei Havemann und Sohn auf den Boyerwerker Wiesen beschäftigte Arbeiter Jaackh-Stockelsdorf betroffen. Der Bedauernswerte mußte per Droschke nach seiner Wohnung befördert werden.

Ein rechter Giftdamm, der sich jetzt wieder in ein entzückendes goldstrahlendes Blütenkleid gehüllt hat, sodas es aussieht, als ströme eine Fülle himmlischen Segens auf die blumenduftende Erde herab, ist bekanntlich der in allen Gärten mit Vorliebe gezeigte Goldregen, bis zu 7 Meter hoch, mit gelben, in langen Trauben herabhängenden Blüten. Besonders giftig sind die bitter und scharf schmeckenden Samen in den kleinen Schötchen. Auch die Rinde und die Blätter des Baumes sind giftig.

pb. Fahrraddiebstahl. Auf der Badeanstalt am Faltenbamm ist am gestrigen nachmittag ein Fahrrad (Damenfahrrad), Marke „Schnell“, mit nach oben gebogener Lenkstange und der Polizei-Nummer 11 198 gestohlen worden.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Morgen geht zum vorletzten Male das neue Lustspiel „Das blaue Band“ über die Bretter. Am Donnerstag wird eine Doppelaufführung gegeben, die schon um 7 1/2 Uhr beginnt, und die letzte Aufführung von: „Seine Hoheit“ und die erste Wiederholung von: „Liebesquartett“ bringt. Für die Feiertage wird der größte Schlager der Spielzeit vorbereitet: „Gretchen“, Grotteske von Davis u. Kippel, die in Wien über 200 Aufführungen erlebte und im Carl-Schultheater zu Hamburg bereits 94 mal gegeben wurde.

Hamburg. Industrieverband oder Bräutigamsorganisation? In einer Versammlung der Schmiede wurde am Sonnabend abend im Anschlusse an die Verhastatung vom Dresdener Verbandstage eingehend und lebhaft die schon häufig ventilerte Frage des Zusammen schlusses mit dem Metallarbeiter-Verbande erörtert. Die Delegierten Rob. Lange und Kambow sprachen ihr Bedauern aus über das nach dieser Richtung negative Ergebnis des Verbandstages, das den Wünschen der Hamburger Schmiede durchaus nicht entspreche und den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen und organisatorischen Bedürfnissen der Arbeiterschaft nicht im mindesten Rechnung trage. In der Diskussion sprachen sich verschiedene Redner sehr energisch für den Anschluß an den Metallarbeiterverband und gegen die nach ihrer Auffassung in der Leitung des Schmiedeverbandes herrschenden, rückständigen, zur Entwicklung des Schmiedeverbandes sowohl als der gesamten wirtschaftlichen Lage in schroffen Widerspruch stehenden Anschauungen. Seitens des Zentralvorstandes verteidigten Hr. Lange und Rebakteur Schmidt dessen Stellung, ebenso Rückhahn. Über die Frage, ob die Industrieverbände die vorteilhafteste Organisationsform seien, gingen die Meinungen von Theoretikern sowohl als von Praktikern immer noch weit auseinander. Jedenfalls sei dringend davon abzuraten, durch partiellen Übertritt zum Metallarbeiterverbande, wie er von einigen Rednern empfohlen war, die Zersplitterung unter den Schmieden noch zu vergrößern. Das würde auch aller Demokratie zuwiderlaufen. Es gingen folgende Resolutionen ein:

Die am 30. Mai tagende Versammlung der Zahlstelle Hamburg des Zentralverbandes der Schmiede...

Die am 30. Mai tagende Generalversammlung der Zahlstelle Hamburg kann sich mit dem Resultat, welches die Generalversammlung in Dresden bezüglich der Verschmelzungsfrage gezeitigt hat, nicht einverstanden erklären.

Nachdem das Jhr und Wider gründlich erörtert worden war, wurde die zweite Resolution gegen zehn Stimmen angenommen.

Teterow. Gewittererschäden. Sonnabend nachmittag zog ein schweres Gewitter herauf, das sich in heftigen Schlägen und wolkenbruchartigem, mit Hagel vermischtem Regen entlud...

Schwerin. Von der Verfassungskomödie. Nach verschiedenen in den letzten Tagen in der bürgerlichen medlenburgischen Presse gemachten Äußerungen von Mitgliedern der Ritterschaft besteht kein Zweifel mehr, daß ein großer Teil der Ritterschaft unbedingt Anhänger der alten ständischen Verfassung, also für die Beibehaltung der bisherigen Verfassung auf ständischer Grundlage ist...

Genossenschaftsbewegung.

Der Anteil der Konsumgenossenschaften an den Erträgen der Einkommensteuern für 1907 in Preußen. Wie unwar die mittelständische Phrase von der ungenügenden Besteuerung der Konsumvereine ist, ergibt sich aus einer Betrachtung der vom preussischen Finanzminister von Rheinbaben dem Abgeordnetenhause zugestellten Vergleichenden Übersicht der Ergebnisse der Veranlagung zur Einkommensteuer für 1906 und 1907.

Die Steuerpflicht der nichtphysischen Personen hat sich infolge des Gesetzes vom 19. Juni 1906 gegen das Vorjahr infolgedessen geändert, als die Gesellschaften mit beschränkter Haftung in die Steuerpflicht neu eingetreten sind und die Steuerpflicht der Konsumvereine erweitert worden ist.

Das der Veranlagung zugrunde gelegte, nach dem Durchschnitt der maßgebenden Jahre und nach Vorchrift der §§ 15 und 16 des Gesetzes berechnete steuerpflichtige Einkommen hat betragen bei den eingetragenen Genossenschaften mit über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgehendem Geschäftsbetriebe 7765 838 (4753 177) M., bei den Konsumvereinen 11 451 070 (5 726 724) M.

über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgehendem Geschäftsbetriebe 87 112 867 (27 888 268) M., bei den Konsumvereinen 8 441 580 (4 651 106) M.

Wie aus dieser Zusammenstellung hervorgeht, hat sich sowohl die Zahl der steuerpflichtigen Genossenschaften wie auch die Summe der zu entrichtenden Steuer ganz bedeutend vermehrt. Wie enorm die von den Genossenschaften, speziell den Konsumvereinen aufzubringenden Steuersummen angeschwollen sind, ist besonders ersichtlich bei Berücksichtigung der prozentualen Vermehrung resp. Verminderung der veranlagten Steuern bei den verschiedenen Arten der juristischen Personen.

Bemerkenswert ist ferner folgende Feststellung: Die Gesamtzahl der am 1. Januar 1907 in Preußen existierenden Genossenschaften beträgt nach dem Jahrbuch der Gewerkschaften und Wirtschaftsgenossenschaften 14 682. Davon sind 1045 Konsumvereine. Von diesen 1045 Konsumvereinen sind 804 Vereine mit 864 188 M. Steuer veranlagt worden.

Die Konsumvereine, die nur 7,1 Prozent der preussischen Genossenschaften ausmachen, haben also 60,5 Prozent der bei Genossenschaften überhaupt veranlagten Steuersumme aufzubringen. Trotz dieser Feststellungen hegen wir keinen Zweifel, daß die Mittelständler und ihre politischen Nutznießer unbedeutend weiter nach einer „gerechten“ Besteuerung der Konsumvereine schreien werden.

Die Konsumvereine im Wahlaufsatz der deutschen Mittelständervereinigung. Zu den preussischen Landtagswahlen hat die Mittelständervereinigung eine Anzahl Forderungen aufgestellt, von denen die Konsumvereine die folgenden interessieren:

Wirksame Besteuerung der Warenhäuser. Wirksamere Heranziehung der Konsumvereine zur Steuerleistung. Einführung einer Besteuerung der Zweiggeschäfte. Errichtung einer Abteilung für Kleinhändler und Handwerk im Handelsministerium.

Für die Genossenschaften der Konsumenten also Steuer-schikanen, für die Genossenschaften der Mittelständler aber Staatshilfe. Gewiß eine merkwürdige Gerechtigkeit. Es verdient demgegenüber hervorgehoben zu werden, wie die „Deutsche Handwerkerzeitung“ die Konsumvereine beurteilt. Sie schreibt:

„Die Gegner der Konsumvereine suchen deren Tätigkeit als auf die Vernichtung des Mittelstandes gerichtet darzustellen. Mittelstand ist ein weiter Begriff, und die Mitglieder der Konsumvereine zählen sich zum großen Teile ebenso zum Mittelstand, wie es die Kleinhändler tun. Da nun diese bestrebt sind, auch die Handwerker in das gegenwärtige Lager hineinanzuziehen, so verlohnt es sich wohl, streng objektiv die Wirkung eines Konsumvereins auf die Handwerker zu betrachten. Selbstverständlich erfreut sich der Handwerker aller Vorteile des Konsumvereins, wenn er denselben als Mitglied beiträgt.“

Die Gegner der Konsumvereine behaupten freilich, daß im Konsumverein teurer und schlechter gekauft werde als bei den Händlern, doch muß man bedenken, daß die Konkurrenz so urteilt, und daß die Entwicklung der Konsumvereine, wie die Förderung der Gegner nach Hilfe durch die Gesetzgebung, eher für das Gegenteil sprechen. Wir wollen die durch die Konkurrenz eines Konsumvereins gefährdeten Existenzen nicht gering veranschlagen, aber selbst unter den Händlern ist es ja nur ein verschwindend kleiner Bruchteil, der dabei ernstlich in Betracht kommt.

Diesen wenigen Personen stehen nun gegenüber die Mitglieder der Konsumvereine, welche ihren Haushalt durch denselben billiger bestreiten und somit für andere Wirtschaftsausgaben Geld erübrigen. Wer hat davon den wesentlichsten Vorteil? Der Handwerkerstand, denn es sind hauptsächlich seine Kunden, welche zu den Mitgliedern des Konsumvereins gehören, deren wirtschaftliche Hebung in erster Reihe also ihm selbst zugute kommt. So ergibt sich denn für das Verhältnis zwischen Konsumverein und Handwerker, daß dieser nicht nur die Vorteile der Mitgliedschaft unmittelbar genießen kann, sondern daß der Konsumverein ihm mittelbar dadurch nützt, daß er die Kaufkraft seiner Kundschaft hebt.

Endlich noch ein drittes Moment: in dem Konsumverein entsteht dem Handwerkerstande das beste und sicherste Absatzgebiet für seine Ware, vorausgesetzt, daß er die Ansprüche desselben befriedigen kann. Lassen die Handwerker es nicht richtig an, treten sie nicht feindselig dem Konsumverein gegenüber, sondern schließen sie sich demselben an, so kann der Konsumverein für sie die natürliche Verkaufsgenossenschaft werden.“

So urteilt ein Blatt, das sicherlich den gleichen Anspruch, als Organ des Mittelstandes anerkannt zu werden, erheben darf wie die Mittelständervereinigung. Freilich: die „Deutsche Handwerkerzeitung“ begnügt sich damit, die wirtschaftlichen Interessen der Handwerker zu vertreten, die Mittelständervereinigung aber macht reaktionäre Politik. Da braucht es nicht wunderzunehmen, wenn die Auffassungen über die Konsumgenossenschaften bei beiden so verschiedene sind. Einseitige Handwerker werden aber kaum im Zweifel darüber sein, welcher der beiden Auffassungen sie zustimmen haben.

Konsumvereine und Gefängnisarbeit. In einem A. G. gezeichneten Artikel der Nr. 139 der „Bremer Nachrichten“, der dem Anschein nach aus der Arbeitsmarktkorrespondenz stammt, wird Klage geführt über die Konkurrenz, die den Bürstenmachern durch die Strafanstalten bereitet wird. Die Angaben dieses Artikels mögen zutreffen; wenn die Mainzer Handelskammer, auf deren Bericht der Artikel basiert ist, aber neben Wajaren und Warenhäusern besonders die Konsumvereine als Abnehmer dieser in Strafanstalten hergestellten Bürstenwaren aufführt, so ist sie in einem Irrtum befangen. Würstchen wird es vorkommen, daß hier und da auch einmal ein Konsumverein solche Bürsten führt, die Regel ist es aber nicht. Wenn die Strafanstaltsverwaltungen keine anderen Abnehmer für solche Bürsten hätten wie die Konsumvereine, dann würden sie wohl bald das Bürstenmachen einstellen. Solange solche Bürsten auf den Markt kommen, könnte man es ja eigentlich den Konsumvereinen nicht verübeln, wenn sie von der billigeren Einkaufsmöglichkeit Gebrauch machen. Die Gefängnisarbeit hört ja nicht auf, wenn die Konsumvereine solche Waren nicht führen, weil man sie sich auch im Warenhaus holen kann. Aber trotzdem steht die Wehrzahl der Verwaltungen auf dem Standpunkte, die Gefängnisarbeit nicht zu unterlassen. Freilich steht man es den Waren, die der Großhändler liefert, nicht an, daß sie aus

einem Gefängnis stammen, und so mag es schon kommen, daß auch in Konsumvereinen Gefängnisware zu haben ist, weil ihr Ursprung der Verwaltung unbekannt ist. Darüber kann man ihnen aber keinen Vorwurf machen.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 1. Juni. Am Montag vergiftete die verwitwete Milchhändlerin Schulz in geistiger Umnachtung sich und ihre beiden zwei und vier Jahre alten Söhne in der Küche ihrer in der Seestraße belegenen Wohnung mit Gas.

Marienburg, 1. Juni. Am Sonntag ereignete sich auf dem Frischen Haff ein schwerer Unfall. Zwei Bräute, die von der Mogatmündung nach Grensdorf Baggersand bringen sollten, wurden von der hochgehenden See umgeworfen und sanken. Zwei Arbeiter sind dabei ertrunken.

Ratowik, 1. Juni. In dem Juwelergeschäft von Scholz, das sich im Stadthause befindet, wo auch das Bureau der Kriminalpolizei untergebracht ist, wurde in der Nacht zum Sonntag ein Einbruch verübt. Die Diebe raubten für 25 000 Mark Juwelen, Diamanten, goldene Uhren, Ketten und Ringe, sowie aus einem eisernen Geldschrank, den sie demolierten, 1200 Mark Bargeld.

Hilbesheim, 1. Juni. Bei einer Kapnpartie, die gestern abend 5 junge Mädchen auf der Innerste bei Hasebe unternahmen, schlug plötzlich der Kahn um; während drei Insassen gerettet werden konnten, ertranken die beiden anderen, zwei Mädchen im Alter von achtzehn und zwanzig Jahren.

Wohum, 1. Juni. Der Redakteur Steinkamp vom „Volksblatt“ ist heute von der Strafkammer wegen Beleidigung des Kriegsministers v. Einem zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Die Beleidigung wurde gefunden in einem Artikel über die Antwort des Kriegsministers im Reichstage über die Lgnar-Gulenburg-Affäre.

Nachen, 1. Juni. Der D-Zug aus Köln entgleiste heute zwischen Lütlich und Herbsthal. Drei Personen wurden getötet, fünf schwer verletzt.

München, 1. Juni. Im Café Modern feuerte der stellungslöse Schauspieler Anton Pöfer aus Wien auf die im Schauspielhaus gastierende Wiener Schauspielerin Lily Lasso vom Raimundtheater einen Revolverschuß ab, ohne sie erheblich zu verletzen. Darauf stieß sich Pöfer sein Taschenmesser in die Brust; seine Verletzungen sind schwer, aber nicht lebensgefährlich.

Karlruhe, 1. Juni. Die Ehefrau des Tischlers Naegle zu Furtwangen hat, wie der „Volksfreund“ meldet, ihre beiden Kinder in einem Kübel Wasser ertränkt und dann ihrem eigenen Leben durch Erhängen ein Ende gemacht. Die Frau hat die Tat in einem Anfälle von Schwermut begangen.

Insbruck, 1. Juni. Am Sonntag stürzte die 21jährige Tochter des Magistratsrates Widmann in Gall (Tirol) beim Blumensuchen auf der Hohen Wand etwa 100 Meter tief ab und war sofort tot. Die Leiche wurde geborgen. Zwei Begleiterinnen der Verunglückten hatten sich verfliegen und mußten durch eine Rettungsexpedition herabgeholt werden.

Mailand, 1. Juni. Ein Wagen der Provinzbahn Lodi-Treviglio stürzte bei Monastero von dem Bahndamm in das bedeutend tiefer liegende Gelände hinab. Der Fahrer des Zuges wurde getötet; 25 Personen sind verletzt worden, darunter 8 schwer.

Rom, 1. Juni. Bei Lodi entgleiste ein Dampferzug, wobei zwei Wagen umstürzten. Der Lokomotivführer wurde getötet, der Fahrer und 5 Personen schwer, und 20 Personen leicht verletzt.

Warschau, 1. Juni. Das hiesige Kriegsgericht fällte heute nacht 40 Todesurteile über die Teilnehmer an den Postüberfällen auf die Station Sokolow am 10. Januar. Unter den Verurteilten befinden sich drei Frauen und ein 17jähriger Gymnasiast.

Chabarowok, 1. Juni. Infolge eines Orkans kenterte auf dem Amurflusse eine Barke, auf der sich arretierte Chinesen befanden. 6 Mann von der Bewachungsmannschaft und 83 Chinesen ertranken.

Nancy, 1. Juni. Ein Wagen der Drahtseilbahn mit sieben Insassen, der vom Luftworte Saint Antoine heraufkam, stieß, da das Räderwerk schlecht funktionierte, auf einen vorbeigehenden Wagen auf. Zwei Personen wurden getötet.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Ein nettes Pröbchen politischer Unbeduldsamkeit

Hat sich die Lübecker Aufwärttervereinigung leisten zu müssen geglaubt. Auf ihrem vor kurzem stattgefundenen Vereinsvergüßen wurde einem Mitgliede des Gastwirtschaftlichen Verbandes, nachdem sich dasselbe bereits eine Stunde lang ohne jegliche Beantwortung an demselben beteiligt hatte, die Erwählung gemacht, es würde an seiner politischen respektive sozialdemokratischen Gesinnung Anstoß genommen und wurde dasselbe höflichst hinauskomplimentiert. An sich wäre die Sache ja eigentlich blamabel und lächerlich für die Arrangure dieser Maßregel selbst, und müßte man darüber mit Verachtung quittieren, wenn diese nicht auch einen sehr ernstlichen Hintergrund hätte. Denn auf moralische Qualifikation scheint in diesen Kreisen nicht so viel Gewicht gelegt zu werden, als auf politische Stubeinheit. Steht doch dieses gemäßigete Mitglied des Verbandes schon seit Jahren im gesellschaftlichen wie geschäftlichen Verkehr mit den Mitgliedern der Aufwärttervereinigung. Nun müßte ja diese auch die Konsequenzen ziehen und alle einschlägigen Verbindungen mit unserem Verbands und dessen einzelnen Mitgliedern abbrechen. Wir empfehlen daher folgendes: Keins der Mitglieder der Aufwärttervereinigung darf in einem Lokale mit einem der sogenannten Roten zusammenarbeiten, sondern hat für sofortige Entfernung desselben Sorge zu tragen; falls es dieses nicht durchsetzen kann, verläßt es selbst das betreffende Establishment. Ferner muß jedes Lokal gemieden werden, in dem Mitglieder des ominösen Verbandes verkehren, sonst besteht die Gefahr, in politische Anrüchigkeit zu kommen. Auch müßte es strengstens unterbunden sein, Trümpel von gewerkschaftlich organisierten oder politisch nicht ganz einwandfreien Personen anzunehmen. Aber Geld reicht ja wohl nicht? Es ließe sich dieses Thema noch beliebig weiter ausdehnen.

F. R.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johanna des Stehling. Berleger: J. H. Schwan. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

Metallarbeiter-Festkomitee

am Donnerstag, 4. Juni, abends 8 1/2 Uhr,
im Vereinshaus.

D. C. F.

Donnerstag abend 8 1/2 Uhr Versammlung
im Vereinshaus.

Freundl. Zimmer zu verm.
Schützenstraße 47a.

Mädchen

außer der Schulzeit od. alte Frau für nach-
mittag. Chafotstr. 15, II.

Zu kaufen gesucht eine Damen-Würste.
Offerten unter E W an die Exped. d. Bl.

Für Brautleute. Eine neue Schlafzimmer-
Einrichtung unter Preis zu verkaufen
Befersgrube 20, pt.

Zu verkaufen ein fl. Ruderboot (passend
zum Angelpart) für 10 Mt. und 2 sehr gute
Oelgemälde, Stuck 8 Mt.

1 Paar Knaben-Stiefel billig zu verkaufen,
Größe 32. Mittelstraße 2.

Zu verkaufen ein Kinderwagen, passend
zum Handeln. Fünfhäuser 18, I.

Zu verkaufen eine Vollbreit. Zu besehen
bei Kruse, Fleischhauerstr. 55.
Näheres Schwartauer Allee 88a, pt.

1 Set- u. Flugbauer billig zu verkaufen.
Brüderstr. 3.

Gute Magnum bonum - Kartoffeln zu
oert., 10 Liter 60 Pfg. Wahnstraße 51.

Granat-Brosche verloren am Sonntag
vom Tiergarten bis Johannisstr. Gegen Be-
lohnung abzugeben in der Exped. d. Blattes.

Bauzeichnungen und sämtl. Bau-
arbeiten werden zu mäßigen Preisen ausgeführt von
J. C. Filand, Hundestr. 97.

Joh. BOY, Fischhandlung
Königsstr. 61, b. d. Fleisch-
hauerstr. Telefon 115.
Marktballenstand 46.

Goldbutt, Rotzungen, Fischcarbonade, See-
lach, Klabian, große Hamburg. Schollen.
Tadellos gelbfleischende

Magnum bonum-Kartoffeln
3.25 Mt. pro 100 Pfd.,
gesunde Futterkartoffeln
2.00 Mt. pro 100 Pfd.
Wiederverkäufern billigt.

C. Heese, L. Jacobsen Nachf.
Meierstr. 26. - Fernspr. 1440.
Ein Käufer größerer Posten Stachelbeeren,
Johannisbeeren usw.

Rechnungs-Formulare
liefert
die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten,
Johannisstraße 46.

**Sämtliche Artikel zur
Krankenpflege,**
Seifen, Parfümerien, Gewürze,
sowie alle ins Fach schlagende Bedarfsartikel
empfehlen zu den billigsten Preisen

Hansa - Drogerie
Hans Fock Nachf.,
vis-à-vis dem neuen Hauptbahnhof,
Ecke Fackenburg u. Schwartauer Allee.

**Fahrrad-Reparatur-
Werkstätte.**

Alle Fabrikate werden fachgemäß und billig
ausgeführt unter prompter Bedienung.
Emaillieren, Vernickeln billig und gut.

Carl Heynert, Lübeck
Moislinger Allee 6a. Fernspr. 1272.

Atelier für Zahntechnik
und Zahnpflege.
H. Schreiber, Breiten. 24

**Scherm's
Reisehandbuch**
für wandernde Arbeiter.
Mit einer Eisenbahn- u. einer Straßenkarte
- Preis 1.50 Mk. -
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Atelier für Zahntechnik
und Zahnpflege.
H. Schreiber, Breiten. 24

**Scherm's
Reisehandbuch**
für wandernde Arbeiter.
Mit einer Eisenbahn- u. einer Straßenkarte
- Preis 1.50 Mk. -
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

**Scherm's
Reisehandbuch**
für wandernde Arbeiter.
Mit einer Eisenbahn- u. einer Straßenkarte
- Preis 1.50 Mk. -
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

**Scherm's
Reisehandbuch**
für wandernde Arbeiter.
Mit einer Eisenbahn- u. einer Straßenkarte
- Preis 1.50 Mk. -
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

**Scherm's
Reisehandbuch**
für wandernde Arbeiter.
Mit einer Eisenbahn- u. einer Straßenkarte
- Preis 1.50 Mk. -
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

**Scherm's
Reisehandbuch**
für wandernde Arbeiter.
Mit einer Eisenbahn- u. einer Straßenkarte
- Preis 1.50 Mk. -
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

**Scherm's
Reisehandbuch**
für wandernde Arbeiter.
Mit einer Eisenbahn- u. einer Straßenkarte
- Preis 1.50 Mk. -
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

**Scherm's
Reisehandbuch**
für wandernde Arbeiter.
Mit einer Eisenbahn- u. einer Straßenkarte
- Preis 1.50 Mk. -
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

**Scherm's
Reisehandbuch**
für wandernde Arbeiter.
Mit einer Eisenbahn- u. einer Straßenkarte
- Preis 1.50 Mk. -
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

**Scherm's
Reisehandbuch**
für wandernde Arbeiter.
Mit einer Eisenbahn- u. einer Straßenkarte
- Preis 1.50 Mk. -
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

**Scherm's
Reisehandbuch**
für wandernde Arbeiter.
Mit einer Eisenbahn- u. einer Straßenkarte
- Preis 1.50 Mk. -
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

**Scherm's
Reisehandbuch**
für wandernde Arbeiter.
Mit einer Eisenbahn- u. einer Straßenkarte
- Preis 1.50 Mk. -
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Grosse Auktion

am Freitag, den 5. und Sonnabend, den 6. Juni,
je vormittags von 10-1 Uhr und nachmittags von 1/2 4 bis 8 Uhr,

Huxstrasse 40, Laden.

Auf Ordre der Firma Th. Göben wegen gänzlicher
Aufgabe ihrer wohlaffortierten Lagerbestände sollen folgende Sachen

Musikinstrumente

wie: Damen- und Herrenwäsche, Handtücher, Tischtücher, Bettwäsche, Leinen in allen Breiten
und nur besten Qualitäten, Herren- und Damenstrümpfe u. Socken, Kinderstrümpfe, Kragen,
Manfchetten, Chemisets, Krawatten, Normal-Herren- und Damenunterwäsche, Damen-
unterröcke, Korsetts, Bettinlets, Satinbelle, Wolle in allen Farben und prima Qualitäten,
Platz, Garne, Knöpfe in allen Farben, gr. Posten Gardinen, Herren- u. Knaben-Sweater
und Sporthemden, Badehosen und vieles ungenannte mehr;

ferner am Sonnabend präzis 12 Uhr:

die gesamte Ladeneinrichtung

öffentlich meistbietend gegen kontante Zahlung verkauft werden durch den

Auktionator und Taxator Albert Mohrmann.

Beerdigungs-Institut Gebr. Müter

Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.

Uebernahme ganzer Beerdigungen.

Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- und Blattkränzen.
Einkleidungen jeder Art. * * * * * Billigste Preise.

Meine geräucherte Landmettwurst

pro Pfd. Mk. 1.20

ist jetzt in ganz vorzüglicher Qualität eingetroffen.

Th. Storm Nachf.,

Königsstrasse 98.

Fernsprecher 473.

Die Kühe gehen ins Gras.



Jetzt Zeit zur Milchkur für alt und jung.

Hansa-Meierei.

Zweimalige Lieferung frei Haus.

Roll- und Blockwagenkutscher.

Vertrauensmänner-Sitzung

am Donnerstag, den 4. Juni 1908,

abends 8 1/4 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52.

Jeder Betrieb muß vertreten sein.

Der Vorstand.

Schmiedestr. 20. Tonhalle 20. Schmiedestr.

Das großartige Pfingstprogramm ist eingetroffen.

Die Tochter des Flußschiffers.

Uberniesener Gepädträger. Die Ragen.

Die schwarze Prinzessin.

Frl. Annas Koch. Nur nicht heiraten. Primitive Ziegelei. Mächtlicher Einbruch.

Don Juan!!! Teuflische Symphonien und Puppenspiel.

Ende eines Traumes.

Platz für Fahrräder.

Platz für Fahrräder.

Bagreuth ist stolz auf seine Festspiele und Lübeck kann stolz sein auf die großartigen
Vorführungen in der Tonhalle, die in der Welt an Schönheit und Größe ihresgleichen sucht!

Pfandhaus

A. Frankenthal

Loderstraße 1, I.

Abreisenden

aufbewahrt und nachgesandt werden Gegen-
stände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im
Lagerhaus u. Expeditionsgeb. Fischergr. 52.

Geschäfts-Übernahme.

Einem geehrten Publikum von Dänisch-
burg und Umgegend, Freunden und Be-
kannnten die ergebene Anzeige, daß ich die
bisher von Herrn

H. Ramml

geführte

Gastwirtschaft

übernommen habe. Um geneigten Zuspruch
bittend, zeichne Hochachtungsvoll

Peter Runge, Dänischburg.

**Wenn Hausfrauen
sparen wollen**
so kaufen sie stets frische

Margarine zu 60, 70, 80, 90 Pfg. Kakao

garantiert rein und leicht löslich
zu 1.20, 1.40, 1.60, 2.00, 2.40 Mt.

Note Grütze- u. Puddingpulver
Paket 5 Pfg., 10 Pakete 45 Pfg.
und verlangen Note Lubeca-Markatmarken bei

Heinrich Arp
10 Schlüsselbuden 10.

Achtung!

Zentral-Verband der Fleischer
(Zahlstelle Lübeck).

**Mitglieder-
Versammlung**
am Mittwoch, 3. Juni,
abends 9 Uhr.

im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.
Tages-Ordnung:

**Gibt es eine Harmonie
zwischen Kapital und Arbeit?**

Referent: Genosse Stelling.
Wißt alle Kollegen ist es, zahlreich zu
erscheinen.

Der Vorstand.

Achtung!

Zentralob. d. Maurer.

**Mitglieder-
Versammlung**
am Mittwoch, 3. Juni,
abends 8 1/2 Uhr.

im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.
Tages-Ordnung wird in der Versammlung
bekannt gemacht.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder
ersucht

Der Vorstand.

Metallarbeiterinnen!

Verammlung
am Mittwoch, 3. Juni,
abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.
Zahlreichen Besuch zur Verammlung er-
wartet

Die Vertrauensperson.

Universum
Mittwoch, den 3. Juni:

Gr. Extra-Vorstellung.
Einmaliges Auftreten
des Norddeutschen Männerquartetts.
L. Puls.

Stadthallentheater.
Mittwoch: 16. Abonnements-Vorstellung.
Zum vorletzten Male:

Das blaue Band.
Lustspiel in 3 Akten.
Anfang 8 Uhr.

Donnerstag: Doppel-Vorstellung.
Liedesquartett. Seine Hohelt.

Dernburgs neue kolonialpolitische Wege.

In der gestrigen Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins hielt Genosse Theodor Schwarz einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag, in welchem er darlegte, daß sich gegenwärtig ein Umschwung in der deutschen Kolonialpolitik zu vollziehen scheint und daß dieser Umschwung auf die Person des Kolonialministers, der mit dem bisherigen System brechen wolle, zurückzuführen sei. Wir geben nachstehend den wesentlichsten Teil der Ausführungen des Referenten wieder:

Wir Sozialdemokraten haben von jeher den Standpunkt vertreten, daß die Kolonien lediglich der Bereicherung und Kapitalistischer Unternehmer dienen. Der kapitalistische Unternehmer — möge er im Plantagen- oder Industriebetrieb tätig sein — hat immer nur das eine Bestreben gezeigt, die staatlichen Machtmittel für sich auszunutzen, um möglichst rasch auf Kosten der Eingeborenen Reichtümer zu erwerben. Jetzt scheint man endlich auch in maßgebenden Kreisen zu der Einsicht gelangt zu sein, daß mit der bisherigen Kolonialpolitik endgültig aufgeräumt werden muß. Ob dieser Einsicht ein soziales Empfinden zugrunde liegt, oder ob es in den Schwierigkeiten, für zukünftige Kolonialanleihen die offene Hand der Börse- und Finanzmänner zu finden, begründet ist, mag dahingestellt bleiben, Tatsache ist, daß der Staatssekretär des Reichskolonialamts, Dernburg, am 18. Februar d. J. in der 55. Sitzung der Budgetkommission zur großen Überraschung der Kommissionsmitglieder mit einem ganz neuen Kolonialprogramm hervorgetreten ist. Es handelte sich um den Etat für Ostafrika, wobei der Staatssekretär, wenn auch mit allerlei optimistischen Verbrämungen, doch zuzugeben gezwungen war, daß selbst bei der in allen kapitalistischen Zeitungen so hoch gepriesenen und von der Reichsregierung vollständig unabhängigen Kolonie Togo sich im letzten Rechnungsabluß eine Unterbilanz von 117 000 Mk. ergeben habe. Wie nun bekannt ist, hat der Staatssekretär im vorigen Jahre eine Reise nach Ostafrika unternommen. Er hat sich nicht wie andere vor ihm nur an der Küste aufgehalten, sondern ist direkt von Kamerun mit gänzlicher Nichtbeachtung der dort herumstehenden Planzer ins Innere gereist. Schon dieser Umstand zeigte, daß neue Wege eingeschlagen werden sollten und daß es mit dieser Umkehr vom alten Ernst zu sein scheint, zeigt sich auch jetzt, da der Staatssekretär sich auf der Reise nach Südwestafrika befindet. Statt direkt von Hamburg nach Swatopmund oder Lüderichsbucht zu fahren, ist Dernburg erst nach London und von da, nach einer Unterredung mit dem englischen Kolonialsekretär zunächst, nicht nach Deutsch-Südwestafrika, sondern nach Kapstadt gefahren, um von da aus nach Informationen in den englischen Kolonien sich erst in den südwestafrikanischen Kolonien Deutschlands umzusehen. Auf seiner Ostafrikareise im vorigen Jahre ist Dernburg von Wanza nach Tabora und auf einer anderen Route zurück gereist. Auf dieser dreißig Tage währenden Reise, hat sich Dernburg über die Produktionsmethoden, sowohl der dort stehenden Europäer als auch vornehmlich der Eingeborenen auf das eingehendste informiert und ist gerade auf Grund seiner Beobachtungen dazu gekommen, der Budgetkommission ein ganz neues Kolonialprogramm zu unterbreiten. Um mit der bisherigen Kolonialwirtschaft endgültig aufzuräumen, machte Dernburg den Vorschlag durch Bahnbauten, Flussregulierungen und Hafenaubauten erst in Wirklichkeit die Kolonien der Kultur zu erschließen. Was bis jetzt auf diesen Gebieten kulturell geleistet worden ist, war ungenügend gewesen und hierin auch der Grund und die Ursache der stagnierenden Kolonialwirtschaft zu finden. Nach Dernburg gehört zur Ausführung

dieser hochkulturellen Arbeiten Geld und immer wieder Geld. Dieses Geld kann man aber nur von den mit realen Größen rechnenden Finanzmännern erhalten, wenn man sich ernstlich dazu entschließt, bequeme und gangbare Wege in der Kolonialpolitik zu betreten. Um diese Wege nun handelte es sich in Dernburgs neuem Kolonialprogramm. Diese Wege interessieren aber nicht nur den Politiker sondern vor allem auch die deutschen Arbeiter in einem sehr hohen Maße. Dernburg versuchte bei den Mitgliedern der Budgetkommission die Überzeugung zu erwecken, daß die Kolonialregierung nur prosperieren könne, wenn sie eine „vorsichtige, langsame, wie manche sagen negerfreundliche, wie er (Dernburg) aber meine negererhaltende Politik einschlage und sich von diesem Wege durch irgend welche Interessen oder Ansichten nach keiner Richtung hin abdrängen lassen dürfe.“ Die Regierung müsse Eingeborenen-Kultur dadurch treiben, daß sie durch Anlage von Negerkolonien die Neger zur produktiven Arbeit erziele. Neben diesen Negerkolonien seien dann noch Handelskolonien zu gründen. Die jetzt bestehenden Planzer- oder Farmerkolonien hätten sich als völlig wertlos erwiesen und deshalb sei auch ihre Unterstützung aus Reichsmitteln in der Folgezeit nicht mehr tunlich. Der Handel in den Kolonien liege zum Teil in den Händen der Planzer, zum größten Teil aber in den Händen der Jnder. Da nun die weißen Händler nicht konkurrenzfähig seien, verlangten sie mit allem Nachdruck von der Kolonialregierung, daß den indischen Händlern der Eingeborenenhandel gänzlich untersagt werde. Hierauf habe, so erklärte Dernburg, er sich nicht einlassen können. Mit den deutschen Händlern hätte die Regierung noch immer die größten Schwierigkeiten gehabt; sie hätten den Eingeborenen das Vieh weggetrieben, sich mit den Sultanstöchtern verheiratet, mit dem schwarzen Sultan getrunken und so den deutschen Namen fast mehr heruntergebracht als irgend etwas anderes.“ Ganz anders der Jnder. Er sei zurzeit der einzige dort, der die Landessprache spreche, der lange genug im Lande lebe, der sich Stundenlang hinsetzen und mit den Schwarzen handeln könne. Der indische Händler unterstehe mit dem schwarzen Eingeborenen auch der gleichen Gerichtsbarkeit, während der Weiße einer anderen unterstellt sei. Dernburg findet es deshalb auch ungerecht, wenn immer wieder behauptet werde, der indische Händler wuchere die Eingeborenen aus. Ebenso ungerecht sei es, auch die Behauptung aufzustellen, der Jnder schlepe das Geld aus dem Lande. Das Gegenteil sei der Fall. Die Jnder, die lange Jahre dort blieben, hätten oft sehr große Handelshäuser etabliert, sie steckten die erzielten Überschüsse ganz nach kaufmännischer Art immer wieder ins Geschäft um es zu erweitern und besser auszugestalten. Die von den Planzern beliebte Hinweisung auf die von den Jndern durch die Post nach Bombay gesandten großen Summen, seien nicht wie die Planzer glauben machen wollen, erzielte Überschüsse, sondern nichts weiter als die für Ergänzung ihres Warenbestandes und Begleichung alter Rechnungen erforderliche Geldsendungen. Im übrigen, habe er — Dernburg — „viel mehr alte Jnder in Ostafrika gesehen, als alte Deutsche“, was wohl zur Genüge die Redensart „der Jnder wuchere die Eingeborenen aus, um möglichst schnell reich zu werden“ um nach Indien zurückzuführen, widerlege. Was uns nun vor allem interessiert, ist Dernburgs Stellung zur Eingeborenen-Kultur. Er will nicht allein nur die für die Kolonien so überaus wichtige und notwendige Arbeitskraft der Neger erhalten wissen, sondern er will auch den Neger finanziell dem Reich als Steuerzahler dienstbar machen. Dazu sei es aber in erster Linie erforderlich, an Stelle der heutigen Naturalwirtschaft ganz allgemein die Geldwirtschaft einzuführen. Ohne Geldlohn könne der Eingeborene keine Steuern zahlen, wie schon bei der Eintreibung der Hüttensteuer zur Genüge bewiesen worden sei. Von den zurzeit in Ostafrika in 2 1/2

Millionen Hütten lebenden 10 Millionen Schwarzen hätten zur Steuer herangezogen, dem Reiche 10 Millionen Mark eingebracht werden müssen. Es seien aber nur 18 Proz. des Soll d. h. 1 800 000 Mark eingekommen. Der Lohn der Plantagenarbeiter sei in der letzten Zeit, wenn auch nicht viel, doch um etwas gestiegen; er betrage heute bei zehnstündiger Arbeitszeit bis zu 60 Pf. den Tag. Die Arbeitsbedingungen seien nicht vertraglich festgelegt. Man spreche viel von der Faulheit und den geringen Leistungen der Schwarzen, vergesse dabei aber, auch die Frage des Könnens zu prüfen. Er — Dernburg — habe auf seinen Reisen die Beobachtung gemacht, daß von den Schwarzen sehr schnell und ausdauernd gegangen werde, daß große Lasten auf dem Kopfe sehr lange Strecken, bis zu 50 Kilometer, an einem Tage ohne Pause getragen werden.“ Er habe aber auch gefunden, daß z. B. im Leben und in allem, was mit den Armen und mit den Bauchmuskeln gemacht werden muß, die Kraft der Schwarzen außerordentlich gering sei. Da ständen immer zwei Mann zusammen; wenn ein Neger eine Last aufnehmen will, müsse ein anderer ihm dabei helfen. In dem Bericht, des Baumeisters Schubert über seine Beobachtungen unter den Arbeitern in Mtgororo sei zu lesen, daß es nicht möglich sei, daß die Schwarzen die Erde wie der deutsche Arbeiter mit der Schaufel werfe. Sie heben vielmehr den Sand in kleinen Körbchen, und wenn sie zehn Schritte gegangen sind, haben sie ihn ausgeschüttet. Daraus ergebe sich, daß über die Körper-Behaltnisse des gesunden Negers noch weitere Beobachtungen gemacht werden müssen, d. h. über das, was dem Neger zugemutet werden könne und was nicht. Am Mtmandschoro seien die Pflanzungen dicht zusammengebrängt, und da sie ihrer Größe nach bis auf 15 000 Hektar in zusammenhängenden Länderecken angelegt werden müßten, können sie nur in dünnbesiedelten Gegenden gedeihen. Zur Bewirtschaftung brauche eine Farm im Entwicklungsstadium, d. h. ehe sie überhaupt etwas einbringe, pro Hektar einen halben Arbeiter, nachdem sie aber in vollem Betrieb genommen sei, brauche sie je nachdem einundvierzig bis zweiundneinzig Arbeiter pro Hektar. Eine Farm von 15 000 Hektar brauche also mindestens 15 000 Neger zur Bearbeitung. Diese müßten erst von weither herangeholt und gewissermaßen von den bei den Pflanzungen ansässigen Eingeborenen ernährt werden. Daher sei auch die Arbeiterfrage gerade in dieser Gegend eine brennende geworden. Da die schwarzen Arbeiter nun aber nicht gewillt seien, die ganze Woche unterbrochen durchzuarbeiten, verlangten die Planzer von der Regierung, daß sie mit staatlichen Machtmitteln eintrete, um so die Schwarzen zum Umzug nach Usambara und zur Arbeit zu zwingen. Dazu könne Dernburg aber die Hand nicht reichen. Die Regierung dürfe die Kraft der Eingeborenen nicht zugunsten eines einzelnen Erwerbstandes untergraben. Dernburg stehe nun auf dem Standpunkt, daß die Heranziehung von Arbeitern nur auf Grund solcher Maßnahmen erfolgen dürfe, die den Schwarzen veranlassen, gerne nach den Pflanzungen oder anderweitig hinzugehen. Ein Mahlzeit nehme der Neger nur am Ende der Tagesarbeit ein. In 2 1/2 Stunden bekomme er einmal warm zu essen und da er seine Familie aus dem Innern nicht mitbringen könne, sei er gezwungen, nach zehntägiger, sehr schwerer Arbeit noch für seine eigenen leiblichen Bedürfnisse Sorge zu tragen. Einen Markt zur Verproviantierung tausender Arbeiter habe er — Dernburg — auf seiner Pflanzung gefunden. Der Neger müsse deshalb nach schwerer Tagesarbeit erst von dem auf Höhenland liegenden Usambara hinuntersteigen und seine Einkäufe machen, woher es denn oftmals komme; daß er erst zwei Stunden nach beendeter Arbeit seine Mahlzeit einzunehmen in der Lage sei. Dazu komme, daß er auch noch nach der Arbeit seine eigene Hütte auf der Pflanzung bauen und auch sein eigenes Feld bestellen müsse. Sehr lästig für den Neger sei ihm der Kontrakt. Er laute nicht

Der Mann im „King Edward“.

Kriminal-Roman von Friedrich Thieme.

(Bl. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)
„Und die zweihunderttausend Mark, womit Mario sie ausfleuern wird?“ sprach die schöne Frau lauernd.
„Ich pfeife auf sie“, lautete die entrüstete Entgegnung. „Denk! Ihr so mich abzufinden? Bin ich ein Condottiere, ein Lohnknecht? Sie müssen mich doch besser kennen!“
„Was wollen Sie aber eigentlich?“ rief die stolze Wagenlenkerin gereizt. „Sind Sie nur hierhergekommen, um uns Unglück zu stürzen? An Marios Schicksal hängt auch das meine.“
„No“, entgegnete der Italiener doppelstimmig.
„Was wollen Sie denn damit sagen?“ herrschte sie ihn an.
„Was ist Ihnen Mario? Weiß ich nicht, daß Sie ihn nicht lieben?“ erklart er drohend zurück.
„Gleichviel — er ist mein Gatte.“
„Und wenn ein Mächtigerer, Größerer, Reicherer käme — würden Sie ihn nicht auf der Stelle preisgeben?“
„Sie mich der Antwort aus und rief heftig: „Ich will Wahrheit — was wollen Sie von uns, von ihm, von mir?“
„Die Antwort ist einfach genug — Sie will ich!“
„Witz?“
„Glauben Sie, meine Ehre, meine Freiheit ist mir um einen geringeren Preis wert? Mein Vermögen habe ich Ihnen bereits geopfert, ohne den Gegenwert in Ihrem Besitz zu erhalten — was ich nun noch zu verlieren habe, will ich mir besser bezahlen lassen.“
„Sie reden im Fieber —“
„Die Bestürzung in Ihren Mienen straft ihre eigenen Worte Lügen. Sie wissen, Lucia — daß ich im Ernst spreche, daß ich schon Blut um Sie geweiht habe! Sie wissen, wer mich überredet hat, zu — genug, jetzt halte ich nicht nur ihn, sondern auch Sie in meiner Hand! Und seien Sie versichert, ich werde meine Macht anzuwenden wissen. Ihr Gemahl mag wählen zwischen der Trennung von Ihnen und —“
„Kein Wort mehr! Ich liebe Sie nicht!“
„Er lachte höhnlich.“
„Sie erwarten ich auch von Ihnen nicht, Lucia, bei Ihnen muß man sich mit dem Besitz begnügen!“
„Ich hasse, verachte Sie!“
„Ja“ — — —

Bis zu dieser Stelle gelang es mir, den ungefähren Sinn der Unterredung zu erraten, vom Rest vermag ich nur einige abgerissene Redensarten wiederzugeben, für die ich damals noch keinerlei Erklärung besaß.
Hier sind sie:
Er. Ich war Ihr Sklave, nun will ich Ihr Herr sein!
Sie. Sie kennen Lucia Silvani nicht!
Er. Ich nehme den Kampf auf — — —
Er. Waren Sie nicht schon so gut wie mit unvermählt?
— — — Montaglang treu erfüllt — — —
Sie. Unverschämter — — — Sie oft in Schranken gemiesen — — —
Er. — — — grenzenlose Leidenschaft — — nein, nein, nein!
Sie. Niemals! Und denken Sie nicht — vor Ihnen zittern — — Zwischen uns — — auf Tod und Leben!
So lief das Gespräch geführt wurde, so verriet sich doch in dem Klang der Worte, im Ton der Sprechenden, in den feberhaften Bewegungen und Gestikulationen die wilde Empfindung, aus welcher es hervorging. Beide verharrten für den Rest der Fahrt in dumpfem, beängstigenden Schweigen, als die Baronin jedoch ausstieg, erblickte ich einen Ausdruck in ihren funkelnden Augen, wie ich ihn noch nicht gesehen. Deutlich und drohend sagte ihr Blick: „Wehe Dir!“
Es war ein Kampf auf Tod und Leben, der sich zwischen diesen drei Personen, die scheinbar in friedlich freundschaftlichem Verkehr lebten, abspielte. Und ich war nicht im Zweifel darüber, wer in diesem Kampfe siegen, wer unterliegen würde! Der Blick der Baronin verstandete mir alles! Eine Katastrophe stand bevor. . . würde es mir noch möglich sein, sie aufzuhalten, ihr zuvorzukommen?
Daß sie nahe war, lehrte mich ein kleines Erlebnis der nächsten Minuten. Der Wagen hielt, der Italiener sprang zuerst heraus und bot galant der Baronin seine Unterstützung. Mit einer ungestümen Geste wies sie ihn zurück und sprang leichtfüßig auf den Boden. Dabei entfiel ihr die prachtvolle weiße Kofe, die sie am Busen trug.
Dienstfertig hücte ich mich danach, doch sie winkte mir, die Blume liegen zu lassen. Ich hob sie aber dennoch auf und drückte meine Lippen darauf. Sie sah es und lächelte, und ein blendender Blick aus den Glutaugen schoß zu mir herüber. Sie mußte selbstverständlich in meiner Handlung einen Ausfluß glühender Zuneigung erblicken, während er in Wirklichkeit nur ein Kniff von meiner Seite war, eine bloße Demonstration der von mir geheuchelten Verbundenheit und Hingebung. Ich wollte ihr Vertrauen und das

des Barons gewinnen, es gehörte zu meiner Mission! Ich ahnte nicht, was meine kleine Komödie für Folgen nach sich ziehen würde.
Ich hatte im Garten zu tun — noch befand ich mich keine halbe Stunde darin, als Lucia von Stolten eintrat. Scheinbar bemerkte sie mich erst gar nicht, sie ging spazieren. Ein Buch lag in ihrer Hand, dann und wann las sie auch eine halbe Seite, worauf sie es wieder sinken ließ.
So kam sie auch bei mir vorüber. Sie war schon vorbei, plötzlich kehrte sie wieder um und blieb bei mir stehen. Was machen Sie da, Vittorio?“ fragte sie mit ihrer melodischen Stimme.
„Ich habe es übernommen, die Rosen frei zu legen, gnädige Frau.“
„Das ist eigentlich nicht Ihres Amtes, Vittorio — Sie sind sehr eifrig in unserem Dienst.“
Bei diesen Worten klopfte sie mir lächelnd auf die Schulter. Ich blickte auf und sie lächelte noch — es war ein hinreißendes, verführerisches Lächeln — und nichts Gemachtes, Gefälschtes darin, sondern alles wie direkt aus dem Herzen stichend. Es war schade um die herrliche, einzige Form, daß der Inhalt so viel zu wünschen übrig ließ! Man hätte meinen können über die göttliche Wüste, die so verderbliche Däfte austreute, weiner über dieses Wunder der Schöpfung, dem doch zur Vollkommenheit die Lunge fehlte und das infolgedessen nichts weiter als eine Larve war!
Wenn aber Lucia von Stolten eine Heuchlerin war, so war sie eine par excellence! Gewiß war alles Spiel, aber das Spiel, von Jugend auf geübt, war ihr zur Natur geworden, wie dies oft bei Schauspielern der Fall ist, die zuletzt Wirklichkeit und Theater kaum mehr zu trennen wissen. König Lear ist dann nicht nur König auf der Bühne, er fühlt sich als solcher im Leben, und die Heroine mag erleben was sie will, sie mag in Situationen welcher Art immer geraten, sie tritt darin auf wie in ihren Rollen. Beide leben auf der Bühne und spielen im Leben!
Soll ich deshalb leugnen, daß mein Herz zu klopfen anfing bei dem Anblick eines so zauberhaften Mädchens, in dem nicht bloße Huld mehr lag — o nein, bei weitem mehr! Und ihre Berührung durchrieselte mich wie ein sprudelnder Strahl, sie pflanzte sich fort durch meinen Arm, sie prickelte förmlich in mich hinein. Ich war ja jung, und sie so schön, ich bin überzeugt, ein anderer als ich wäre das Opfer dieses Lächelns, durch dieses Lächeln der willenlose Sklave dieser gefährlichen Kurtisane geworden!

auf Kalenders, sondern auf Arbeitsmonate. Ein Lohn von 12 Rupien verleihe sich auf 30 abgearbeitete Tage. Die Sonntage und ebenso die Regentage würden nicht bezahlt. Nach 30 Arbeitstagen bekomme er eine Monatsmarke. Nach 6 Arbeitstagen bekomme er erst seinen Lohn. Können Betriebsstörungen vor oder während der Mann krank, so bekomme er nichts. Nehme er Vorschub, so verlängere sich sein Kontrakt oder seine Dienstzeit automatisch. Man dürfe, meinte Dernburg, für diese unhaltbaren Zustände nicht immer die Pflanze verantwortlich machen; es sei nicht etwa Ausbeutungslust oder die Neigung der Pflanze die Neger zu brücken, sondern vielmehr die Unterlassung der Regierung, für eine ausgiebige Arbeiterschutzgesetzgebung Sorge zu tragen zu haben. 1897 sei ein solches Gesetz erlassen, dann aber wieder aufgehoben und nichts an dessen Stelle gesetzt worden. Unter all diesen Umständen entwickelten sich Verhältnisse, die es geboten erscheinen lassen, für eine möglichst durchgreifende Abänderung der Verhältnisse Sorge zu tragen, zumal der Neger zur Ausbeutung an der Küste heute noch nicht zu bewegen, seine lange Abwesenheit von der Familie der Fortpflanzung sehr hinderlich sei. Wenn aber der Neger sich doch einmal entschließt, an der Küste zu bleiben, so würde er bald zum großen Verdruß der Pflanze ein kleiner Bauer werden. Ein weiterer Übelstand sei aber die noch heute gültige Rechtspflege. In unserem zweimal so großen Schutzgebiet wie Deutschland gäbe es nur drei Gerichte, wo der Schwarze gegen den Weißen seine Klage vorbringen könne. Wenn ein Schwarzer eine Klage gegen einen Weißen in Tabora habe, müsse er 17 Tagereisen nach Mwanza machen, und wenn einer in Morogoro oder in Mombasa oder im Hinterlande, das zu dem Dar-es-Salaam- oder Zogo-Gebiet gehöre, müsse er mit der Eisenbahn einen Tag lang fahren. Bei den Negern zeige sich nun aber ein sehr starkes Rechtsgefühl und Dernburg müsse selber zugestehen, daß er in den Negengerichten sehr viel positives Recht gefunden habe, das zur Beilegung der Rechtsstreitigkeiten und Abwendung der Rechtsbrüche in der Bevölkerung gesprochen werde. Dieses sei auch an den Schwarzen zu erkennen.

„Dagegen,“ meinte Dernburg, „ist bei einem Streit zwischen einem Schwarzen und einem Weißen die Lage des Schwarzen ungünstig. Hat ein Weißer gegen einen Schwarzen etwas vorzubringen, so schreibt er einen Zettel, und die Sache wird durch einen Schauri abgemacht. Hat ein Schwarzer eine Klage gegen einen Weißen, so muß er hingehen zum Gericht, muß Vorschub zahlen, er wird mit den in der Heimat üblichen Formalitäten belästigt, er bekommt schließlich ein Urteil oder einen vollstreckbaren Titel in die Hand, mit dem er nichts anzufangen weiß, mit laufenden Terminen und Fristen...“ und weiter: „Es sei eine Frage, die der Vergangenheit angehöre, ob es richtig gewesen sei, einfach die schwarzen Sultane zu entfernen. Er — Dernburg — hätte mehr oder weniger das Empfinden gehabt, daß sich der Neger unter der Herrschaft der Sultane besser, wie jetzt unter der Zwischenherrschaft der weißen und schwarzen Beamten fühle. Die Plantagenbesitzer und deren Angestellte ließen sich sehr häufig Übergriffe aller Art zuschulden kommen.“

An der Küste mache es einen unangenehmen Eindruck, daß so viele Weiße mit der Peitsche spazieren gehen. Auf dem Tisch der Hauptkassie in Dar-es-Salaam habe ich eine vorgefundene. Es ist heute noch stark üblich, und die Herren, die dort gewesen sind, werden es mir bestätigen. Jeder Weiße hat ein gewisses Züchtigungsrecht gegenüber seinen Diensthöfen, Arbeitern usw. Die Übergriffe haben vielfach darin ihre Ursache, daß der Weiße, der hinauskommt, sich nicht die Mühe gibt, die Landessprache zu erlernen, und dann mancherlei für Bosheit oder Schlechtigkeit ansetzt, was es tatsächlich nicht ist. Daneben besteht noch weiter ein Züchtigungsrecht auf Grund von Verordnungen, die den Plantagenleitern und den Karawanenführern zu züchtigen ermöglichen. Es sei begreiflich, daß die Schwarzen, die im Innern als freie Bauern ein Leben nach ihrem Gusto führen, schwer in die Plantagen zu bringen sind.“

Aus diesen Verhältnissen sei der Arbeitermangel in den Pflanzungen und Plantagen erklärlich. Eine Kette von falschen und unbedachten Maßnahmen der Pflanze und einer Neigung zu einer heftigen Behandlung der Neger durch die in den Kolonien ansässigen, fast allmächtigen, selbst den Bezirksamteuten trotzenden und mit Boykott drohenden Farmer sei es, die die Schwarzen gegenüber ihren Unterdrückern gänzlich wehrlos und rechtlos machen, denn, so sprach es Dernburg offen aus: „Der Schwarze habe keine Möglichkeit, seine Beschwerden anzubringen, seine Sache bleibt ungehört, er kann nicht schreiben, kann nicht lesen, seine

einzig Vertretung ist das Gouvernement und das Bezirksamt. Wenn der Gouverneur nicht ganz genug hat, ist für ihn die Sache leichter. Da dieses aber nicht immer möglich sein dürfte, bleibe seine Lage eine immerhin sehr mißliche. Welt nun aber ohne die Eingeborenen die Kolonien bis zum St. Ammerleinstage völlig wertlos bleiben und das Mutterland mit immer neuen Lasten belasten würden, soll jetzt endlich Abhilfe geschaffen werden. Dernburg meint: „Die Kolonialverwaltung muß sich auf den Standpunkt stellen, daß sie in erster Linie die Güterin der in den Kolonien gültigen Rechts- und Staatsinstitutionen ist, daß sie demnach darüber wachen muß, daß die finanziellen Opfer für die Kolonien, welche das Reich bringt, in verständigen Grenzen bleiben; zweitens, daß sie die einzige Instanz ist, welche bisher existiert, die in der Lage ist, die Rechte der Eingeborenenbevölkerung, die ja doch auch bestehen, wahrzunehmen.“ Und er will ferner weiße Eingeborenenkommissare mit schiedsrichterlicher und richterlicher Befugnis zunächst überall dort einsetzen, wo erhebliche Reibungsflächen zwischen Schwarz und Weiß nun einmal vorhanden sind, besonders im Norden und in den Plantagengebieten. Staatliche Arbeitsordnungen nach Muster der von ihm der Kommission unterbreiteten englischen Arbeitsordnungen sollen erlassen werden. Diese Arbeitsordnungen sollen die Arbeitsbedingungen in den Plantagen regeln; vor allem aber sollen in ihr Bestimmungen über die Anwerbung, den Arbeitskontrakt, die Lohnzahlung, die Ernährung und Krankenpflege der eingeborenen Arbeiter enthalten sein. Aber die Ausführung der Arbeitsordnungen sollten die Eingeborenenkommissare wachen; sie sollten auch die natürlichen Vertreter der Eingeborenen vor Gericht sein. Denn so meinte Dernburg:

„Die Hauptaufgabe der Kommissare soll die Wahrnehmung der Interessen der Schwarzen gegen die Weißen auch vor Gericht ex officio sein. Darauf lege ich Wert, daß die Beschwerden der Schwarzen ohne Kostenvorschub, falls sie der Kommissar für begründeter achtet, aufgenommen werden müssen. Ebenso ist zu überlegen die Einschränkung des Züchtigungsrechtes des Karawanenführers wie des Plantagenleiters, ebenso notwendig wird es sein, mehr Geldstrafen zu verhängen. Vor allem wird es notwendig sein, daß die weißen Gerichte in ihrer rechtlichen Sphäre gegen Weiße ebenso unachtsamlich vorgehen, die sich Grausamkeiten haben zuschulden kommen lassen, wie es gerechtfertigt ist, daß gegen Schwarze darin vorgegangen wird. Ich mache den weißen Gerichten keinen Vorwurf, (1) aber die Empfindung, was recht und was unrecht ist, ist bei den Schwarzen vielleicht die einzig ausgebildete moralische Empfindung.“ Die Produktion und Konsumfähigkeit der Eingeborenen sollen durch staatliche Förderung der Negerkulturen kräftig gehoben werden. Dernburg hoffe, dadurch auch einen stärkeren Anstoß zu der jetzt sehr schwachen Vermehrung der Neger zu geben. Ein Sanitätsamt solle Untersuchungen über die körperliche Beschaffenheit der Neger vornehmen, um dadurch der übergroßen Sterblichkeit der Eingeborenen vorzubeugen. Wie man sehe, ein ganz neues Programm. Nicht mehr soll der Neger seiner, besonders stark entwickelten Genitalien halber — wie Herr Wolde- mar Schühe in einem Artikel „Schwarz und Weiß“ in der „Deutsch. Tageszeitung“ sehr „geistreich“ zu beweisen sucht — als zweibeiniges „Raubtier“ gebädigt, sondern als Mensch von Menschen behandelt werden. Nebenbei will Dernburg auch noch eine völlige Umgestaltung der Kolonialverwaltung herbeiführen. Die staatliche Verwaltung solle mehr Praxis und weniger Bürokratismus zeigen usw. Die Frage aber, ob Dernburg sein Kolonialprogramm werde in die Tat umsetzen können, wird vom Rechner stark bezweifelt, umso mehr, als gleich nach Bekanntwerden der neuen Kolonialpläne des Staatssekretärs die ganze agrarpolitisch begeisterte Kolonialpresse mitend über ihn hergefallen und ihm sehr deutlich zu verstehen gegeben habe, daß Deutschland nicht der Eingeborenen wegen, sondern der kolonialen Interessenten halber Kolonialpolitik treibe und daß sein „humanes“, „negereundliches“ Kolonialprogramm nie und nimmer die Anerkennung der profitlüsteren Kolonialinteressenten finden werde. Da aber nun einmal die Kolonialagrarier in Deutschland die erste Geige spielen, wird Dernburg nicht umhin können, entweder seine im Protokoll der Legationskommission niedergeschriebenen und gewissermaßen festgelegten kolonialen Grundsätze mit aller Entschiedenheit zu vertreten oder mit dem Bewußtsein, einen schönen Traum geträumt zu haben, seiner Wege ziehen und Kolonialpolitik Kolonialpolitik sein lassen. Die Arbeiter aber hätten alle Ursache, ihr Pulver trocken zu halten und die Entwicklung der Dinge aufmerksam zu verfolgen. Für sie ist kein Anlaß vorhanden, ihre grundsätzliche Stellung zur Kolonialpolitik zu ändern.

Ein Landarbeiterlebensbild. Die Firma Dippe in Quedlinburg genießt in der Gartenbauindustrie einen Weltruf. Ihre Erzeugnisse werden nach allen Herren Ländern verschickt und es mangelt ihr nicht an Anerkennung. Anerkennung kann man ihr aber nicht zollen hinsichtlich der Behandlung ihrer Arbeiter. Ja, hier bestehen sogar Zustände, die man selbst in Preußen für unmöglich halten sollte. Tag über Regen. — Alles ist naß, der menschliche Fuß vermag sich nur mit Mühe in dem Schmutz der Landstraße fortzubewegen. Die Temperatur der Luft ist naßkalt und feucht. Es ist abends 7 Uhr. Noch erscheint niemand. Noch liegt der auf dem Moorberge befindliche Schuppen still und friedlich da. Doch halt, die Gersten kommen schon. Einige alte Arbeiter, zerfurcht im Gesicht, die Hände mit Schmielen bedeckt, steuern langsam auf den genannten Schuppen zu. Das waren die Ersten. Nun wird lebendig. Haufenweise ziehen diese Arbeiter an mir vorbei. Viele sind darunter, auf deren Antlitz geschrieben steht: Not, Elend, Armut und Entbehrung. Alle steuern sie dem Schuppen zu. Hier ist ihr Nachtquartier. Durch eine Ritze der Mauer halte ich Einblick. Circa sechzig Menschen liegen wie Tiere herum; der eine hat eine Schnapsbuddel in der Hand, der andere einen Kanten Brot, andere liegen herum und standalkeren miteinander, einige alte Arbeiter haben sich bereits ein Plätzchen zurecht gemacht um sich auszuruhen von der Last des Tages. Ich gehe weiter. Auf einem naßen, halb verfaulten Komposthaufen sitzen ebenfalls mehrere Arbeiter. Einen finster dreinschauenden Alten frage ich: „Nun, Alter, wie steht's?“ „Schlecht“, antwortet er mir. „Aber Mann, Sie werden sich zu Tode erkälten, der Haufen ist doch Matschnaß, wie können Sie sich hierher setzen?“ Antwort: „Is mer ganz Wurst; das Leben habe ich schon lange satt, je eher, je besser. Er Stück Vieh, wenn des Abends gearbeitet hat, das weech wenigstens, wo's sich hinlegen kann, aber unsterber ber kann sehen, wo er die Nacht sein Unterkommen finden det. Keen warmes Mittagessen, keene vernünftige Schlafstelle, nisch hat man. Fusel, das ist das einzige, womit man noch den Magen warm hält.“ Erschüttert verließ ich den Alten. Doch das ist nur ein kleiner Teil, welchen ich beobachtete, wie viele habe ich nicht gesehen. Ziehen sie doch von allen Seiten der Stadt hinaus, um sich ein Unterkommen für die Nacht zu suchen. Wenn es regnet, müssen sie eben in Schuppen oder sonstigen Bauten Unterkunft suchen; bei schönem Wetter schlafen sie im Freien.“ Diese Schilderung entwarf vor einigen Tagen in einem bürgerlichen Quedlinburger Blatte ein Leser. Was es für Arbeiter waren, die er sah, sagte er aber nicht. Es waren Dippe'sche Arbeiter, die bei einem Stundenlohn von 15 bis 17 Pfg. den Weltfrieden und das große Vermögen der Firma mehren helfen. Sie selbst kümmern sich nicht um die Leute, sondern läßt sie sich durch den „Arbeitsunternehmer“ Heinicke beschaffen, der sie auch entlohnt und außer seinem eigenen Lohn als Aufseher noch an jedem Mann täglich 20 Pfg. und mehr verdient. Wer Vorschub nimmt, muß dafür täglich noch 10 Pfg. „Gebühren“ entrichten. Der größte Teil dieser Arbeiter nächtigt im Freien, in Strohdämmen, hinter Zäunen und in Gräben oder in irgend einem Schuppen. Andere sind ständige Gäste der Herberge in Quedlinburg, und noch andere bevölkern das dortige städtische Asyl für Obdachlose. Dort können sie sich auch ein geringes befristetes und was das Asyl dabei zusetzt, das zahlt die Armenverwaltung. In der Nacht zum letzten Freitag hat nun die Polizei eine Razzia nach den im Freien nächtigenden Arbeitern veranstaltet und dabei 41 Obdachlose aufgegriffen und mit zur Wache genommen. Nach Feststellung ihrer Personalien wurde ihnen aufgegeben, sich binnen vier Tagen ein Logis zu verschaffen, andernfalls würden sie wegen Vagabundieren (1) bestraft und ausgewiesen. Um 1 Uhr nachts wurden sie wieder entlassen. Die Zahl der Obdachlosen ist natürlich noch ganz erheblich größer, denn alle hat die Polizei nicht aufgegriffen. Was soll nun werden? fragen sich die Leute. Von ihrem kärglichen Lohn können sie nicht auch noch Logis bezahlen. Die Millionenfirma Dippe denkt nicht daran, die Löhne zu erhöhen. Das möchte den Profit schmälern. Ihre Vertreter sitzen aber im Amt und Würden, selbst in der Stadtverwaltung, und sind hochangesehene Leute. Ein Schrei der Entrüstung müßte aber durch ganz Deutschland, durch die ganze Welt gehen und die Firmeninhaber zwingen, diesen unglaublichen Zuständen ein Ende zu bereiten.

Verwirr fragte ich mich nieder auf meine Arbeit und flammte nur: „Ich tue nur meine Pflicht, gnädige Frau. Sie sah mir einige Augenblicke immer noch lächelnd zu. Wohllich sagte sie in ganz eigenartigem Tone: „Was haben Sie denn vorhin mit meiner Rose gemacht, Vittorio?“ „Mit — Ihrer Rose — gnädige Frau?“ „Ich hatte mich ganz wieder gefast und gab ihr nun die Komodie zurück. Ich kannte die Gefahr, in der ich schwelte, und weil ich sie kannte, überwand ich sie.“ „Ja, ma ami — Sie haben sie geküßt — ei, ei, wenn das mein Gemahl gesehen hätte. Er ist eifersüchtig, Vittorio.“ „Auf mich doch wohl nicht, gnädige Frau.“ „Warum nicht? Sie sind ein hübscher Bursche, weit besser als Ihr Stand. Oder meinen Sie, das findet man nicht sofort heraus?“ „Für eine so vielumworbene Dame wie die gnädige Frau ist ein so armer Teufel, wie ich es bin, gar nicht auf der Welt,“ retzierte ich geistlich. „Da irren Sie Vittorio — ich schäme die Treue! Jeder von uns bedarf der Treue, und ich vielleicht mehr als jeder andere Mensch.“ „Sie, Frau Baronin?“ „Ja, ich. Sie trat mir näher, so nahe, daß ihr süßer Atem heranschend meine Wangen kühlte. „Ich glaube sogar, daß mir eine Gefahr droht, Vittorio.“ „Sie hielt inne, als sei sie über sich selbst erschrocken.“ „Ihnen, gnädige Frau, eine Gefahr?“ „Sie atmete ein paar mal schnell und tief.“ „Und wenn es nun so wäre, Vittorio — glauben Sie, daß es Männer gäbe, die für mich eintreten würden?“ „O, gnädige Frau — ich dachte, daß alle Männer —“ „Würden Sie zum Beispiel für mich stehen?“ „Können Sie daran zweifeln, Frau Baronin?“ „Sehen Sie mich an“, befahl sie in beinahe bräuter Weise. „Ich blühte auf — ihr Blick hing einige Augenblicke wie prüfend an meinen Zügen. Dann lachte sie süßlich und tief heiter: „Ihre Hand, Vittorio — ich danke Ihnen.“ „Und als ich sie verdugt ansah — diesmal wirklich und aufrichtig verblüßt — beugte sie sich zu mir nieder und flüsterte in einem Tone, der, so leise er war, den Anschein heiliger Erregung und wahren Gefühls erwecken mußte.“

„Behalte die Rose, Vittorio — Du hast sie verdient — Du bist mein Freund!“ „Dann schwebte sie raschen Schrittes von mir weg, und ich sah ihre majestätische Gestalt über den roten, glitzernden Ries dahinschreiten, während die glänzende Seide ihrer schwarzen Robe und die kostbaren Perlen derselben im Schein der Mittagssonne funkelteten.“ „Ich atmete auf, als ich allein war.“ „Was beabsichtigt dieses Weib?“ fragte ich mich. „Will sie mich gegen den Italiener mobil machen? Soll ich ihn heimlich überfallen und niederstrecken? Ich glaube, sie hat einen ähnlichen Gedanken im Hinterhalt.“ Mir graute vor ihr und ich überlegte, wie ich meine Aufgabe zu Ende führen könne, bevor sie ihr Versuchungswert bei mir fortsetzte. Zum Glück schien sie selber mit sich noch nicht einig, sie behandelte mich von nun an wieder wie früher und nichts an ihr ließ merken, daß sie sich mir so vertraulich genähert hatte. Ob sie etwas in meinem Gesicht gefunden hatte, das ihr abriet, mir zu vertrauen? Ein guter Bursche, aufrichtig, harmlos, mir leidenschaftlich ergeben, sagte vielleicht mein Gesicht, aber zu einer Intrigue, zu einem Schurkenstück nicht zu brauchen! Frauen, wie Lucia von Stolten, sind keine Phlognometrierinnen.“ Der Baron kehrte bald zurück und zwar in Gesellschaft eines Herrn, den er in der Besingung heraufgeführt. Der Fremde machte keinen besonders vornehmen Eindruck, er zeigte das Gezier eines Agenten. Der Baron dachte also ernsthaft an den Verkauf seines kaum erworbenen Eigentums! Auch das war ein bedenkliches Indiz. Er fühlte sich nicht wohl auf dem durch ein Verbrechen errungenen Grund und Boden, das böse Gewissen spiegelte ihm beständig die Gefahr der Entdeckung vor, so unmöglich sei ihm nach Art der Ausführung der Tat auch erschein. Dazu kam noch, daß er seinen Komplizen selber zu fürchten hatte, der Anführer den Schergen... gewiß dachte er so schnell als möglich und zu einem annehmbaren Preise das Landhaus und Grundstück loszuschlagen und das vorhandene große Barvermögen flüssig zu machen — dann zog er fort und brachte sich und sein Weib in Sicherheit!“ „Nachdem der Agent ihn verlassen hatte, ließ er mich in sein Arbeitszimmer rufen. So nannte er die Bibliothek des Doktor Harris.“ „Vittorio“, redete er mich mit ernster Miene an, „ist meine Frau heute morgen ausgefahren?“

„Jawohl, Herr Baron.“ „Mit — mit Signor Ricciardi?“ „Ja.“ „Waren die Herrschaften sehr vergnügt?“ „Aha, — er gedachte mich auszuhorchen. Seine Eifersucht, so unbegründet sie mir schien, ließ ihm keine Ruhe. Ich antwortete unbefangen: „Wir sind nicht weit gefahren, nur bis zu der großen Linde vor dem nächsten Dorfe. Die Herrschaften unterhielten sich.“ „Von Italien wohl?“ Er wollte nicht direkt fragen, was sie gesprochen, und hätte es doch gar zu gern gewußt. „Sie bedienten sich einer Sprache, die ich nicht verstand.“ fertigte ich seine Witzbegier ab. „So, so,“ — er stellte sich gleichgültig. „Was soll auch meine Frau hier anfangen,“ fuhr er nach einer Weile fort, ich wußte nicht, ob vor sich hin sprechend oder zu mir gewendet. „Die Gegend ist ziemlich eintönig — ich habe selber Langeweile. Ja, wenn man noch auf die Jagd gehen könnte — ich muß mich doch mal erkundigen. Wissen Sie Bescheid darüber, wer für diese Gegend jagdberechtigt ist?“ „Vedaure, nein, Herr Baron.“ „Um — was könnte man wohl sonst manchmal anfassen? Womit vergnügen sich denn hier eigentlich die Männer?“ „Ich mußte die Frage als an mich getan ansehen, und antwortete gleichmütig: „Wir haben den Strom so nahe — möchten der Herr Baron nicht vielleicht das Ungeln probieren?“ Er wandte mir den Rücken zu, als ich sprach, um so besser konnte ich ihn beobachten. Eine leicht zuckende Bewegung des Nackens und der Schulter zeigte mir das Erbeben seines Innern an, wie der Seismograph dasjenige der Erde registriert. Doch dauerte es eine Weile, bis er sich nach mir umkehrte, mit einem Blick, der mir besprechend und forschend zugleich vorkam. Aber er mochte in meinen unbeweglichen Zügen nichts lesen, was ihn beunruhigte, daher stellte er sich, als dränge meine Frage erst jetzt zu seinem mit ganz anderen Dingen beschäftigten Gehirn, und er entgegnete nachlässig: „Angeln? Bah — ich bin kein Freund davon. Es erfordert mehr Geduld, als ich besitze.“ (Fortsetzung folgt.)

Die Affäre. Aus Belfast wird gemeldet: Die Flachspinnerei haben am 20. Mai beschlossen, die wöchentliche Arbeitszeit weiter um fünf Stunden einzuschränken. Von dieser Maßregel werden 15 bis 20 000 Arbeiter betroffen.

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist durch Referendum bestimmt. Die bisherigen Mitglieder sind bis auf drei wiedergewählt. Genosse Troelstra hatte die Wiederwahl abgelehnt, die Genossen Sleef und Selchingen stehen mit den Genossen W. B. Bau und Besuyen in Stichwahl. Als Delegierte für das internationale sozialistische Bureau wurden in gleicher Weise die Genossen P. van Kol und W. J. Troelstra wiedergewählt.

Munition für den Wahlkampf. Der Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Bayerns hat den preussischen Genossen zum Landtagswahlkampf die Summe von 1000 Mk. zugewandt.

General-Versammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker in Köln.

In nichtöffentlicher Sitzung wurde am Vormittag des sechsten Verhandlungstages der Organisationsvertrag erörtert. Folgende Resolution wurde gegen vier Stimmen angenommen:

Nachdem durch den Abschluß des Organisationsvertrages den Forderungen des Verbandes teilweise entsprochen ist, erklärt die sechste ordentliche Generalversammlung der Deutschen Buchdrucker, daß, obgleich durch Änderung des § 4 des Vertrages ein wesentlicher Punkt eine Abschwächung erfahren, dennoch die Bestimmungen desselben zu akzeptieren, in der Erwartung, daß der Deutsche Buchdrucker-Verein die Mitarbeit des Verbandes zur Hebung des Gewerbes gebührend würdigt.

Darauf wird nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte die Stellungnahme zu den Sparten diskutiert. Döblin sagt, daß das Verhältnis des Vorstandes zu den Sparten so lange nicht zu wünschen übrig gelassen hat, bis die Erörterungen über den Tarifvertrag einsetzten. Kollege Mussal hat sich in Dresden mit dem Vorstand einverstanden erklärt. Dann hat er es aber so dargestellt, als wenn dieser die Interessen der Sparten verraten habe. Es schelte, daß Mussal sich nur deshalb so radikal gebärde, weil er oben auf schwimmen will. Wir haben uns aus taktischen Gründen mit der Einführung des Berechnens an den Sechsmaschinen einverstanden erklärt, in Wirklichkeit ist es nirgends dazu gekommen. Die Maschinenmeister haben in ihren Versammlungen den Kollegen Schliebs diskreditiert. Welchen Eindruck muß das auf die Prinzipale machen? Wir haben darauf die bekannte Erklärung abgegeben. Die Sparten sollten ihre Beschwerden den Gewerkschaften übermitteln, ehe sie damit in die Öffentlichkeit gehen. Zum erstenmal sind im Tarif die Sparten berücksichtigt worden, es ist daher nicht zu verwundern, daß Unzulänglichkeiten vorgekommen sind. Das benutzt man nun, um in langen Zirkularen zu zeigen, wie wenig uns die Tarifgemeinschaft gebracht habe. In der ganzen Sache handelte es sich darum, das eigene Ich in den Vordergrund zu stellen. Sie hätten mehr erreicht, wenn sie Hand in Hand mit dem Verbandsvorstand gearbeitet hätten. Die Maschinenleger nennen sich die Avantgarde der Hilfenschaft, daß sie den Achtstundentag und 25 Prozent Lohnzuschlag erreicht haben, das verdanken sie dem Verband und nicht den Sparten. Der Redner zeigte an einzelnen Fällen, in welcher Weise die Vertreter der Sparten gegen den Verbandsvorstand gearbeitet haben. Er habe die Sparten immer anerkannt, aber sie dürften sich nicht mit Sachen beschäftigen, die nicht in ihr Gebiet gehören. Er legt im Namen des Verbandsvorstandes folgende Resolution vor, und bittet um ihre Annahme:

Um ein ersprießliches Zusammenarbeiten zwischen dem Verbandsvorstand und den Zentralkommissionen der Sparten herbeizuführen, finden nach Bedarf oder auf Wunsch der betreffenden Zentralkommissionen oder des Verbandsvorstandes gemeinsame Sitzungen statt, in welchen die Spartenvertreter beratende Stimme haben. Über beabsichtigte Maßnahmen oder Publikationen der Spartenvertretungen nichttechnischen Inhalts, welche die Verbandsaufgaben berühren, ist vor ihrer Veröffentlichung eine Verständigung mit dem Verbandsvorstand herbeizuführen, auch ist demselben von den Zentralkommissionen der Sparten vierteljährlich ein Bericht über ihre Tätigkeit zu geben. Die an die Ortsvereine der Sparten gerichteten Zirkulare sind ebenfalls dem Verbandsvorstand zuzustellen.

Nach längerer Debatte wurde die Resolution des Vorstandes angenommen, eine andere von den Sparten gestellte, abgelehnt.

Am 7. Verhandlungstage wurde mit der Erörterung der gewerkschaftlichen Neutralität begonnen. Döblin führte aus, daß der Verband sich der Generalkommission angeschlossen hat, weil er mit der Gesamtheit der Arbeiterschaft gehen müsse. Religiöse und politische Differenzen sind auch in der Arbeiterschaft vorhanden, aber in wirtschaftlicher Hinsicht arbeitet sie friedlich zusammen. Der Wert der Generalkommission ist nicht zu unterschätzen. Durch ihren Beschluß, daß die einzelnen Gewerkschaften ihre wirtschaftlichen Kämpfe auf eigene Kosten zu führen haben, werden die Arbeiter zur Kampfbereitschaft erzogen und zur Leistung höherer Beiträge verpflichtet. Durch unsere gefüllte Kasse sind wir in der Lage, bei großen Kämpfen Darlehen zu geben. Wir unterstützen die Generalkommission; diese hat auch unseren besonderen Verhältnissen stets das nötige Verständnis entgegengebracht. So hat sie uns gegen die Angriffe der Partei beim letzten Tarifabschluß verteidigt. Am Stuttgarter Kongress waren wir mit drei Delegierten beteiligt. Der Resolution über die Maifeier können wir nicht folgen, weil die besondere Lage unseres Gewerbes das nicht zuläßt. Wir wollen die Buchdruckerschaft mit allen Mitteln auf ein höheres Kulturniveau bringen. Die Maifeier scheint uns zu diesem Zwecke nicht geeignet zu sein. Die Resolution über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft unterscheidet zwischen politischen und gewerkschaftlichen Aufgaben; sie wünscht, die Gewerkschaften möchten sich von sozialistischem Geiste leiten lassen. Dieser Geist kann aber nicht durch einen Beschluß erzeugt werden, aber es liegt in der Natur der Sache, daß die Verhältnisse schon die Verbandsmitglieder zum Sozialismus hindrängen. Wir haben aber nicht die Verpflichtung, den Verband zu einem sozialistischen zu machen. Wenn es immer zu einer Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaft kommt, dann macht sich die Arbeiterbewegung frei von der Phrase und wird in gesunde Bahnen gelenkt. Der Redakteur muß die Freiheit haben, zu sagen, daß die Beschlüsse des internationalen Kongresses nicht für unseren Beruf passen. Die Generalversammlung muß erklären, daß durch den Stuttgarter Beschluß über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft an unserem Verhalten nicht das geringste geändert worden ist. Wir sind streng neutral und werden weder nach rechts noch nach links Konzeptionen machen. Eine Zersplitterung der Buchdrucker wird nicht eintreten. Wir prüfen die Beschlüsse, können aber nur

das für uns anerkennen, was für uns gut ist. Wir müssen strenge Neutralität üben, schon darum, weil wir der Prinzipalität erklärt haben, wir würden sie stets wahren. Genaugenommen wie den Prinzipalen können wir den Gehilfen das Recht verweigern, sich dort politisch zu organisieren, wo sie wollen. Wir halten die Neutralität auch in unserem Interesse hoch, nicht um der Prinzipale willen. Es sind mehrfach Verletzungen der Neutralität in einzelnen Ortsvereinen vorgekommen, das ist unzulässig. Sie tragen dazu bei, die Einigkeit im Verband zu stören. Ich bin der Ansicht, wir bleiben auf dem neutralen Standpunkt stehen, auch der Redakteur wird in diesem Sinne weiterarbeiten.

Für die Diskussionsredner wird nach einer Geschäftsordnungsdebatte unbeschränkte Redezeit gewährt. Massini bringt folgende Resolution ein:

Die 6. ordentliche Generalversammlung des Verbandes der deutschen Buchdrucker wolle beschließen: Der Verband der deutschen Buchdrucker hält nach wie vor seine Zugehörigkeit zur Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands für unerlässlich und erachtet es für notwendig, daß alle Organe des Verbandes den Beschlüssen der Generalkongresse unter Berücksichtigung der Beschlüsse unserer Generalversammlungen unbedingt nachzukommen haben. In allen von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands einberufenen Tagungen oder Kongressen nimmt der Verband der deutschen Buchdrucker teil. Und zwar durch Delegierte, die von der Generalversammlung des Verbandes bestimmt worden sind. Jede politische sowie religiöse Überzeugung und Anschauung der Mitglieder des Verbandes wird durch diesen Beschluß weder berührt noch in irgend einer Weise beeinträchtigt.

Kayser-Stuttgart wünscht, daß in der Neutralitätsfrage der alte Standpunkt beibehalten werde. Redner, der sachlich mit Reyhäuser übereinstimmt, hätte lieber gesehen, daß letzterer den „Korrespondent“ mit seinen Artikeln verschont hätte. Der Verband solle nicht zum Zummelpfad aller möglichen politischen Organisationen gemacht werden.

Fülle-Verlin: So schief auch die Gegenläufe aufeinander fallen, so wird es doch weder zu einer Spaltung im Verbande noch mit der gesamten Arbeiterschaft kommen. In der Artikelferie des „Korrespondent“ sind Anschauungen vertreten, die die Aufgabe unseres bisherigen Standpunktes bedingen. Man soll den Kreis der Neutralität nicht zu eng fassen, wie es Döblin tat; andere Gewerkschaften haben darüber andere Anschauungen als wir. Die linke Seite im Verband wolle nicht, daß er sich der Sozialdemokratie verschreiben soll, die Frage lautet jedoch: soll sich der Buchdruckerverband als Sturmbaum gegen die Sozialdemokratie gebrauchen lassen? Der Versuch Reyhäusers, die Gewerkschaften gegen die Partei auszuspielen, ist nicht neu. Wenn Reyhäuser verlangt, daß die Sozialdemokratie auf den ersten Teil des Programms verzichtet, glauben Sie, daß dann die Unternehmer der Arbeiterpartei weniger feindselig gesinnt sind? Eine weltfremde Gewerkschaftspolitik muß darauf hinauslaufen, die geistige und materielle Hebung der Mitglieder anzustreben. Ich habe wiederholt gegen seine bessere Überzeugung geschrieben. Wenn man abwiegen wolle, auf wessen Seite im Streite zwischen Buchdruckern und der Partei die größte Schuld liege, dann käme man wohl zu einem anderen Resultat als Döblin und Reyhäuser. Ich stehe auf dem Standpunkt den Reyhäuser als sozialdemokratischer Mairebner im Jahre 1890 in Chemnitz vertreten hat; er könne sich keinen vernünftig denkenden Arbeiter vorstellen, der nicht Sozialdemokrat sei. Wir wollen gemeinsam mit den anderen Arbeitern gegen jede Unterdrückung und Ausbeutung kämpfen. Den Redakteur des „Korrespondent“ müssen wir in seine Schranken zurückweisen. — Reyhäuser: Der Öffentlichkeit gegenüber erklärte ich, daß ich meine Artikelferie aufrecht erhalte und damit stehe und falle. Ich habe damit in der Frage der Neutralität einen Beitrag zur Klärung der verwickelten Situation leisten wollen. Die Sozialdemokratie wollte ich nicht herunterreißen. Der Redakteur eines Gewerkschaftsblattes befindet sich in einer schwierigen Lage. Die anderen Funktionäre können sich nach dem Statut oder dem Tarif richten. Der „Korrespondent“ soll in geistiger Beziehung den Vermittler spielen; dabei muß es oft zu Zusammenstößen kommen. Wenn Sie das vermeiden wollen, dann bestimmen Sie, daß nur reine Berufsfragen zu erörtern sind. Dann werden Sie ein recht nüchternes Blatt haben, aber kein geistiges Diskussionsorgan. Wenn die Zeit vor der Generalversammlung nicht zu kurz gewesen wäre, dann hätte ich die Artikelferie fortgesetzt um unsere Stellung zu den Christlichen zu präzisieren. Meine Artikel sind keine Gelehrtenarbeit, sondern in der Flut des Lebens geschrieben. Dabei können sehr leicht Irrtümer unterlaufen. Die Solidarität mit der übrigen Arbeiterschaft will ich nicht preisgeben, aber die Beschlüsse eines Generalkongresses können nicht ohne weiteres für uns maßgebend sein. Wir müssen sie nachprüfen. Die gewerkschaftliche Neutralität ist historisch geworden und wird sich für uns nicht ändern. Wenn sich nur um die Ideale der Sozialdemokratie handelte, dann gäbe es keine Schwierigkeiten. Aber es ist Tatsache, daß die Partei die Buchdrucker in ihren schwierigsten Situationen angegriffen hat. Ich würde es als verhängnisvoll für unsere Organisation ansehen, wenn wir verpflichtet wären, enge Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Partei aufrecht zu erhalten. Massinis Resolution lehne ich natürlich ab. Wenn ich Angst vor der Generalversammlung hatte, wie behauptet wird, dann würde ich meine Artikelferie nicht geschrieben haben. Eine Marx-Kritik habe ich nicht beabsichtigt; die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit habe ich nie gepredigt. Ich bin ein überzeugter Sozialist und ein unbedingter Anhänger der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Es bestreitet niemand, daß die Arbeiter verachtet werden, wenn sie Arbeiter-Interessen wahrnehmen. Meinen Ausspruch, daß bekannte Führer des Buchdruckerverbandes der Sozialdemokratie nicht angehören, habe ich getan, als ich gezwungen war, auf die Angriffe des Kaplans Dasbach zu antworten. Ich könnte heute nur das wiederholen, was ich in meinen Artikeln gesagt habe. Wenn Sie erklären, ich solle mich zügelnd und derartige Artikel nicht schreiben, dann habe ich solche Arbeiten weniger. Wollen Sie aber eine prinzipielle Erklärung abgeben, dann übernehmen Sie auch mit Ihren Stimmzetteln die Folgen. — Graumann-Ossen: Es ist bedauerlich, daß die Artikelferie unvollständig geblieben ist. Ich habe mich heute gefreut, daß Reyhäuser erklärte, ein moderner Arbeiter könne nichts anderes sein als Sozialist. Die jetzigen Klassengegensätze sind nicht geringer geworden. Auch die christlichen Gewerkschaften werden heute bereits gezwungen, sein ihr Wirken auf sozialistischer Grundlage aufzubauen. Wir können uns nicht mit ein paar Fennigen Lohnerhöhung und einer geringen Verkürzung der Arbeitszeit zufriedengeben. Unsere ganzen gewerkschaftlichen Erfolge sind in Frage gestellt, wenn wir sie nicht gesetzlich festlegen. Wo sind die 10 Prozent Lohnerhöhung geblieben? Die Weltpolitik und der Bodenwucher haben sie verschlungen. Wir wollen erklären, daß wir keinen politischen Standpunkt vertreten, die Kollegen sollen aber die Augen offen halten, dann werden sie von selbst sehen, welcher Partei sie sich anschließen sollen. Die Feinde der freien Gewerkschaften ärgern sich, wenn sie meinen, wir wollten unsere Stellung zur General-

kommission ändern. Wir wollen zeigen, daß wir unter uns und mit der ganzen Arbeiterschaft einig sind.

über die gestrige Sitzung, in der die Debatte fortgesetzt wurde, liegt folgender telegraphischer Bericht vor: Die Resolution Massini wird zurückgezogen und eine von Leipzig eingebrachte mildere angenommen. Neu angestellt werden ein dritter Redakteur und ein zweiter Verbandsvorsitzender. Die Redaktion des „Korrespondent“ wird nach Berlin verlegt. Heute, Dienstag, ist Schluß.

Aus dem Gerichtssaal.

Eine „bessere“ Kupplerin und ihre Opfer. Gegen den früheren Privatoberförster Paul Lewandowski und dessen Ehefrau Alwine geborene Freilin v. Korff-Schmiesing wurde am 29. Mai vor dem Landgericht Berlin wegen Kuppelei, versuchter und vollendeter Erpressung und Betruges verhandelt. Der Angeklagte Lewandowski wurde aus der Strafanstalt Tegel vorbestraft, wo er die ihm kürzlich vom Schwurgericht zuerbittete dreijährige Gefängnisstrafe verbüßt, da gegen dieses Urteil von ihm keine Revision eingelegt worden war. Nach dem Gröffnungsbeschlusse wurde Frau Lewandowski beschuldigt, sich in den Jahren 1903 bis 1906 durch mehrere selbständige Handlungen, zum Teil auch durch hinterlistige Kunstgriffe der Kuppelei schuldig gemacht zu haben. Ferner wurde sie beschuldigt, im Dezember v. J. eine Frau Architekt Karola B. durch Drohungen zur Herausgabe eines Schuldcheines und einer Notariatsurkunde über je 100 000 Mk., ferner zur Zahlung von 1000 Mk. bar und Angehörige der Frau B. zur Zahlung von 6000 Mk. gezwungen zu haben. Zur Anklage standen ferner je ein Erpressungsfall gegen den Freiherrn v. W. und einen Kaufmann S., bei denen es sich um Summen von 5000 Mk. bzw. 3000 Mk. handelt; schließlich stand noch ein Betrugsfall gegen einen Kaufmann U. zur Anklage. Der Ehemann Lewandowski war wegen Beihilfe zu den Straftaten seiner Frau angeklagt. Sofort nach der Verlesung des Gröffnungsbeschlusses wurde die Öffentlichkeit für die Dauer der ganzen Verhandlung ausgeschlossen. Es fand eine umfangreiche Beweisaufnahme statt. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Me hielt die Angeklagten durch die Beweisaufnahme für völlig überführt. Mit Rücksicht auf die ganz ungeheuerlich verbrecherischen und von niedriger Gefinnung zeugenden Straftaten beantragte der Staatsanwalt gegen Frau Lewandowski eine Gesamtstrafe von drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, gegen den Ehemann wegen Beihilfe eine Zusatzstrafe von neun Monaten Gefängnis. Nach längerer Beratung verkündete Landgerichtsdirektor Reichhelm das Urteil dahin: Das Gericht hat beide Angeklagte im Sinne des Gröffnungsbeschlusses für schuldig befunden, und zwar zunächst die Ehefrau schuldig der schweren Kuppelei, der Erpressung und des versuchten Betruges. Sie hat durch Gewährung und Beschaffung von Gelegenheit der Anzucht Vorschub geleistet, sie hat durch Anwendung hinterlistiger Kunstgriffe ein bis dahin unbekanntes Mädchen, Fräulein v. F., dazu gebracht, sich Männern hinzugeben und hat mit besonderer Geschicklichkeit Maßnahmen getroffen, um in dieser Beziehung zu ihrem Ziel zu gelangen und mit versteckter Arglist gehandelt. Sie hat, als sie das Mädchen in ihre Wohnung einließ, durch große Freundslichkeit und Liebenswürdigkeit die ganze Familie des Mädchens beirät, sich das Vertrauen des Mädchens und ihrer Familie erworben und schlauer Weise es nach und nach dahin gebracht, daß das Mädchen alle mädchenhafte Scheu ablegte und ihr allmählich gefügig wurde. Der Alkohol hat dabei eine gewisse Rolle mitgespielt. Sie hat sich auch der Erpressung in drei Fällen schuldig gemacht und durch Drohungen sich einen Schuldchein über 100 000 Mk., dann einen notariellen Schuldchein über diese Summe und bares Geld in Höhe von mindestens 1000 Mk. verschafft, indem sie der jetzt Verheirateten drohte, sie wolle dem Ehemann Mitteilung über das Vorgesagte machen. Sie hat vier bis fünf Jahre hindurch die Verfehlungen des Mädchens in habgütigem eigenen Interesse ausgenutzt. Den Eltern des Mädchens gegenüber hat sie sich des Betruges schuldig gemacht. Der Mann ist in einem Falle der Beihilfe zur Erpressung schuldig befunden, denn er hat von dem Treiben seiner Ehefrau Kenntnis gehabt, mag er noch so abhängig von seiner Ehefrau gewesen sein. Der Gerichtshof hat, wie erwähnt, die Ehefrau wegen schwerer Kuppelei, Erpressung in drei Fällen, Betruges und versuchten Betruges zu vier Jahren Zuchthaus und vier Jahren Ehrverlust verurteilt, den Ehemann wegen Beihilfe und Begünstigung zusätzlich zu der am 4. Mai gegen ihn erkannten dreijährigen Gefängnisstrafe noch zu sechs Monaten Gefängnis. Von der Gesamtstrafe werden vier Monate auf die Unteruchungshaft angerechnet. Das die Strafzumessung betrifft, so liegt nach Ansicht des Gerichtes der Fall außerordentlich schwer. Die Frau hat eine Sucht zur Lüge und Heuchelei, sie waltet aus gewinnlühnigen Motiven in einem Sumpfe von Schmutz und Gemeinheit, sie hat bei dem Mädchen, das sie in diesen Sumpf hineinzog, unersetzbaren Schaden angerichtet. Ihr mußte fühlbar gemacht werden, daß solche Handlungen der Gemeinheit ernst und streng bestraft werden, um so mehr, als die Angeklagte große Klugheit und Bildung besitzt und fort und fort darauf pochte, daß sie den besseren Gesellschaftskreisen angehöre. Aber ihre Zurechnungsfähigkeit ist der Gerichtshof nicht zweifelhaft gewesen; sie mag hysterisch und nervös sein, ihr ganzes Handeln ist aber wohlüberlegt und planvoll. Was den Ehemann betrifft, so tritt er hinter der Person der Ehefrau wesentlich zurück. Er ist eine schwache, wenig willensstarke Natur, aber er hätte nimmer mehr mittun dürfen, wenn seine Frau zu offenkundigen Verbrechen und Vergehen schritt.

Wegen 5 Bfg. Die deutsche Justiz arbeitet bekanntlich präzise — bei kleinen Dieben, die ihr in die Finger fallen. Woju hätten wir denn auch so unendlich viele Richter, wenn nicht zur schärfsten, abschreckendsten Aburteilung derjenigen, die — o Fluch der Armut! — sich der geringsten Vergehen gegen die geheiligten Gesetze der besitzenden Klasse schuldig machen. In diesem Streben arbeiten die Behörden aller Länder Hand in Hand, wie folgendes Beispiel zeigt: Ein Banarbeiter, August Stebing aus Wiesmarode bei Braunschweig, zog aus einem im Walde ausgeschalteten Holzhaufen einen Knüttel im Werte von 5 Bfg. heraus, wobel er vom Förster abgefaßt wurde. Er reiste ab nach der Schweiz. Nach der geltenden Rechtsordnung wurde der 5 Bfg. wegen ein Steckbrief erlassen, der dem deutschen Steuerzahler mindestens 5 Mk. kostet. Die Schweizer Polizei muß wohl eifrig das preussische Jahrbuchblatt studieren, denn in diesem wurde der Steckbrief veröffentlicht. Sie verhaftete Stebing und führte den „Verbrecher“ um 5 Bfg. in mer gefesselt, von Bern nach Thun, Basel und Lörrach über die Grenze. Die Schweizer Polizei hat zunächst bei der Braunschweiger Staatsanwaltschaft angefragt, ob diese den „Verbrecher“ haben wolle. Die Staatsanwaltschaft hatte jedoch, wie sie selbst in der Gerichtsver-

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

21. Mai. Lehrer D. F. L. Wähne, Arbeiter W. Chr. J. Lehmbeder, Tischler A. R. Chr. Schödt, Schuhmacher J. A. Neumann. 22. Schuhmann G. J. M. Wabenthr. Bäckerinhaber G. A. Bäcker, Schlosser G. J. O. Vorbeck. 23. Brenner B. D. Th. Boy, 24. Korrespondent R. D. Pfeiffer, Kaufmann R. J. Diehl, Photograph G. O. Brandt, Viehhändler J. F. Chr. S. Kläwer, 25. Maschinist J. Chr. Thoms, Maurer G. A. D. Faasch, Schmied J. E. P. Dabelstein (Krempelsdorf), Eisenbahn-Wagenschieber E. A. von Eichen, 26. Arbeiter B. A. F. Schütt, Arbeiter A. W. F. Vornemann (Schönböden), Maurer J. J. W. Ollmann, 27. Kaufmann S. F. G. Otto, Lokomotivführer F. A. D. Böttner, Bäcker G. C. Hellberg, 28. Telegraphenarbeiter J. C. F. Moll, 29. Matrose S. S. J. Dierck.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

17. Mai. Arbeiter S. A. J. Dender, 18. Zimmermann Th. S. F. Goedecke, Schuhmann G. A. F. H. Krupp, Putzfabrikant H. W. C. Richter, 19. Arbeiter S. H. Jabs, 21. Eisenbahn-Wagenschieber S. S. W. Mollenhauer, Schuhmann R. A. G. Krüger, Kaufmann G. Chr. S. C. Jürgens, Bierdruckapparatreiniger S. F. Th. Steinfatt, 22. Sägemeister C. Pettersen, Arbeiter J. F. W. Resführ, Maschinenkloster D. S. F. Lehmann, 24. Arbeiter J. F. S. Diercken, Schaufleur G. D. B. Brüder, Kellner J. R. Wintjen, 26. Maurer J. C. W. Wöbs, Rührergeselle G. D. W. Stöltzing, Eisenbahn-Wagenschieber S. F. J. C. Köster, Schmied R. K. Schürmer, Arbeiter W. Fr. J. Barckentin, 28. Arbeiter J. S. Fries, Arbeiter A. S. Teckenburg, 29. Tabakspinner G. S. F. Johannsen, Arbeiter S. M. F. Schoer.

Ungeordnete Aufgebote.

25. Mai. Leutnant im Kurhessischen Pionier-Bataillon Nr. 11 S. R. F. E. Ollas in Hannoversch-Münden und G. W. A. Aufkom, Expedient W. J. H. Rehm und M. J. Ch. Dierck, 26. Gärtner S. S. Ch. Krenz und G. C. D. Bruhn in Carlow, Arbeiter J. C. S. Svensohn und S. F. S. Dierck in Siblin, Eisenbahn-Assistent F. J. M. L. Papenhagen und J. M. J. Dohrendorf, Magazin-Verwalter W. J. Chr. Käther in Halle a. d. Saale und M. M. F. Wiegers in Waldheim, 27. Schiffbauingenieur S. Chr. F. Freese in Tönning und D. G. M. Paase, 29. Kaufmann J. Zimmermann und M. M. Gentsel beide in Weimar, Eisenbahn-Assistent J. W. Koch und G. M. L. Lütje in Münden, 30. Maschinist W. F. Th. Schmidt und L. W. D. J. F. H. Gichorst beide in Rostock, Bahnarbeiter S. G. A. Krohn und D. W. M. Wiggert in Rohlsdorf.

Schließungen.

26. Mai. Bureauchef J. S. Grube und B. L. S. Bahmann, 27. Aufseher am Werk- und Zuchtshaus G. W. A. Martens und J. W. F. Schreder, 29. Kaufmann R. J. B. Thorn in Ragesburg und G. A. A. Kriedemann, Kaufmann Dr. der Staatswissenschaften J. C. S. Uhlmann in Schönberg bei Berlin und M. J. C. Bartels, 30. Schlosser A. C. F. Heuer und A. J. M. Bult, Arbeiter S. F. J. Oltrogge und M. Chr. A. Schuldt, Maurer J. J. A. Th. Hündt und die geschiedene M. W. C. Nielsen geb. Hansen, Räderer J. A. Bollmann in Eckernförde und A. M. S. Friederici in Krempelsdorf, Schlosser D. S. Wilmsen und G. A. J. Dole, Zementierer Valentin Witzka und F. Marquardt, Tischler A. F. W. Dösch und M. S. G. F. Liesberg, Bäcker A. Heinz und A. C. Brogmann in Oldesloe.

Sterbefälle.

28. Mai. Ein totgeb. Mädchen, B.: Stellmacher J. G. W. Möller, Arbeiter J. C. Langpap, 70 J. R. S. geb. Gille, Ehefrau des Arbeiters J. F. W. Heut, 63 J. Ein totgeb. Knabe, B.: Arbeiter C. A. F. Brackmann, Arbeiter S. W. C. Bracht, 42 J. 24. Kaufmann G. S. Ohlsson, 21 J. 25. G. M. J. Wagner, 3 J. 9. M. Früherer Apotheker C. Chr. W. Rickarts, 70 J. Arbeiter S. F. L. Brehn, 56 J. Kaufmann G. C. Schalkhauer, 74 J. 26. A. D. G. geb. Kähler, Witwe des Arbeiters J. S. Chr. Wiggert, 85 J. Kaufmann J. S. L. Müller, 72 J. 27. Ein Mädchen, 1/2 Std., B.: Rührer C. D. W. Stöltzing, J. geb. Nordhausen, Witwe des Kaufmannes A. Hagemann, 71 J. G. W. F. Schwarz, 1 J. 5 M. 28. Chr. S. Meyer, 3 J. G. E. geb. Hallow, Witwe des Schreibers J. J. C. Niemann, 73 J. Ein Mädchen, 1/2 Std., B.: Arbeiter A. S. Teckenburg, 29. Ein Mädchen, 1/2 Std., B.: Arbeiter H. M. F. Schoer, C. L. S. geb. Meyer, Ehefrau des Bürgermeisters J. S. Weise, 49 J. Schlachter A. G. Lechau, 49 J. F. W. M. Schwedde, 14 J.

Humoristisches.

Noda Noda erzählt in seinem neuen Buch „Der Schnaps, der Rauchtobak und die verfluchte Liebe“ (Berlin, bei Schuster u. Loefler) folgende Schwänke:

Die Kreisauschreibung. Danzers „Armee-Zeitung“ hatte einen Preis ausgeschrieben für die kürzeste Bearbeitung des Themas:

„Was hat unsere Infanterie aus dem russisch-japanischen Kriege gelernt?“

Die kürzeste, preisgekronte Antwort lautete: „Nichts.“

Der Pionier. Im Spital zu Bruck lag ein Pionier, der behauptet, eine schmerzhafteste Starre im Genick zu spüren. Eines Morgens, als der Sanitätswärter an das Bett des Pioniers trat, war der Pionier tot.

„Sei „Glück“, sagte der Wärter. „Grob heunt hot eahm dar Herr Stabsarzt zwegen Simulation erspüren wolln.“

Der Kaplan. Es war am Morgen bei Doboj, das Gefecht schon lebhaft im Gang. Die Wittelsinfanterie stand als Divisionsreserve gedeckt hinter den Felsen und sollte alsbald eingreifen.

„Herr Ober“, sagte der Kommissar, „ich bitte gehorsamst, eine kurze Andacht abhalten zu dürfen, um die Mannschaft durch das Wort Gottes zu stärken.“

„Gut, es geschah.“

Als es geschah war, trat der Kaplan zu den Herren des Stabes und sagte: „So, die Mannschaft ist gestärkt. Nun stärken auch wir uns.“ Und reichte eine Flasche Cognac um.

Quittung.

Für den Preßfonds gingen ein: Von einem Maifünder durch W. M. 4.— Mk. W. —50—

Friedr. Meyer u. Co.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling. Verleger: Th. Schwarg. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Albed.

Bank für Handel und Industrie, S. Fleischer, Diskontogellschaft, Schaafhausener Bankverein, Norddeutsche Bank in Hamburg, von der Preuß. u. Co., W. M. Warburg u. Co., Wm. Schladow.

Ob nun die Kapitalisten, die das Geschäft machen, einen großen Profit erzielen oder nicht, jedenfalls bleibt die Tatsache bestehen: die Regierung erweckt in der Bevölkerung den Glauben, daß die Kolonien einen immensen wirtschaftlichen Wert haben; deshalb munter sie dieser Bevölkerung Opfer zu, die in die Milliarden gehen, fordert Geld über Geld für die Verwaltung dieser Kolonien, für die Schutztruppe und für Flotte; gleichzeitig aber schlägt sie mit Kapitalistengruppen Verträge, die den ganzen Profit, der zu erzielen ist, wenn die Vorstellungen vom Werte der Kolonien kein Schwindel sind, diesen Kapitalistengruppen zuzuschauen. Kurz, auch an diesem Beispiele sieht man den tiefen Sinn der Kolonialpolitik: der Masse des arbeitenden Volkes die Lasten — den Kapitalisten die Profite.

J. Karstl.

Aus Nah und Fern.

Mein Schutz den weiblichen Angestellten! Eigenartige „Aktstudien“ des Inhabers des „Schuhpalastes“ Moritz Krojanker in Breslau kamen in zwei Prozessen in Breslau zur Sprache. In einem Strafprozeß, der vor kurzem gegen einen ehemaligen Buchhalter des Herrn Krojanker stattfand — der Buchhalter wurde freigesprochen — wurde folgendes bekundet: Herr Krojanker hatte den Buchhalter veranlaßt, an eine seiner Verkäuferinnen einen anonymen Brief zu schreiben, und verlangte auch, den Brief mit einem falschen Namen zu unterzeichnen. Als sich der Buchhalter weigerte, warf ihn K. auf die Straße! Der Buchhalter teilte dem Mädchen alles mit. Dieses sagte nun vor Gericht folgendes unter Eid aus: Im Privatkontor des Herrn K. befehle er den jungen Verkäuferinnen, sich splittelnackt auszuziehen, damit der gestrenge Chef sie in allen erdenklichen Stellungen fotografieren könne. Weil das eine Fräulein einen Bräutigam gehabt habe, sei K. wütend gewesen und habe sie mit Hilfe des anonymen Briefes zur Aufgabe ihrer Stellung veranlassen wollen. Von einer Entlassung fürchtete er wohl Bloßstellung. In einer Kaufmannsgerichtssitzung am Mittwoch kam die Sache erneut zur Sprache. Wieder wurde bestätigt, daß Herr K. die „Aktstudien“ in seinem Kontor getrieben, unfittliche Anträge an die Verkäuferinnen gestellt und ihnen dreist zugemutet habe, mit ihm zu verkehren. Und wieder wie in der Verhandlung vor dem Strafrichter schweigt die gesamte bürgerliche Presse Breslaus den Fall tot. Herr K. hatte auf den Redaktionen gegen Versprechung großer Inseraten aufträge um gut Wetter gebeten. Sogar der Redaktion unseres dortigen Parteiblattes mutete der Herr dies zu, wurde aber flott an die Luft gesetzt.

Die Volkswehr von 1848. Wie die Bewaffnung des badi schen Volkes in der Revolutionszeit durchgeführt wurde, veranschaulicht folgende von der Mannheimer „Volkstimme“ abgedruckte Urkunde:

- Nachricht für die Gemeinden der Nachbar-Unter, Nr. 1140. Am 24. dieses vereinigen sich die meisten der Gemeindevorsteher des Oberamtsbezirks Offenburg zur sofortigen raschen Bewaffnung und zur wechselseitigen Hilfeleistung in folgender Weise: 1. Die Gemeinden bestellen durch das hiesige Bürgermeisterrat die ihnen nöthigen Gewehre; 2. ebenso bezeichnen sie den nöthigen Bedarf an Pulver und Blei, und 3. die Anzahl der vorhandenen Schießwaffen. 4. Eintheilen bewaffnen sich die Ortsbürger mit Sausenwaffen. 5. Jede Gemeinde organisiert ihre mehrjährige Mannschaft in Compagnien, Züge und Rotten. 6. Die Altersklasse von 18 bis 30 Jahren wird jeweils als Hülfecorps für die bedrohten Nachbargemeinden aufgeboden. 7. Es wird eine reitende Mannschaft gebildet zur Unterhaltung des Rapportdienstes zwischen den Nachbargemeinden im Falle der Noth. 8. Jeder Ortsvorsteher benachrichtigt seine Nachbargemeinden nur durch schriftliche (mit Unterschrift und Siegel versehene) Hülfereufe von der Gefahr seiner Gemeinde. Offenburg, den 28. März 1848. Das Bürgermeisterrat. Rée. vdt. Huber.

Sobald das Geld im Kasten klingt, der Reiche aus dem Kerker springt. Aus Neuzorf wird gemeldet: Der Baumwollenspekulant L. H. Price, der wegen unlauterer Transaktionen in Verbindung mit dem vor einigen Jahren vorgekommenen vorzeitigen Bekanntwerden der amtlichen Baumwollstatistik unter Anklage gestellt ist, wurde gegen eine Bürgschaft von 10000 Dollars auf freien Fuß gesetzt.

Keine Ursachen — größte Wirkung. Die Kalifornische Stabsführung ist gegenwärtig bürgermeisterlos; der alte ist abgegangen und der neue noch nicht angetreten. Während der kurzen Zwischenzeit sorgt ein stellvertretender Herr über die Geschäfte der Stadt, der stark konservativ ist. Während dieser selben kleinen Zwischenzeit wurden aber auch den Freisinnigen die Wahlmänner fahnenflüchtig, die sie sich in den Kreisen der Lehrerschaft gesucht hatten. Diese Wirkung der Stellvertretungsbürgermeisterei hatte die weitere Wirkung, daß die Freisinnigen — durch Inserate in den Lokalblättern Wahlmänner suchen! Daß die Alten abtrünnig wurden, sagen sie natürlich nicht. Ob die Inserate Erfolg haben werden, ist zweifelhaft, denn schon der Umstand, daß sie überhaupt erlassen werden mußten, beweist, daß auch in Stafrurt die Freisinnigen knapp sind.

Sanft entschlafen. Dem nun wieder von der Bildfläche verschwundenen Reichsverbandsschlächtern in Göttingen wendet unser dortiges Parteiblatt folgende „Lobes-Anzeige“: „Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unsere treue Bundesgenossin und Vorkämpferin im Wahlkampf, die „Thüringer Volkszeitung“, nach Herausgabe von 12 Nummern im zarten Alter von nicht ganz vier Monaten selig dem Herrn entschlafen ist. Der unerwartete Ausfall der Landtagswahl fiel dem an Absonnensschwindsucht schwer kranken Blättchen so stark auf die Nerven, daß ein Schlaganfall seinem kurzen, aber an Lügen und Verleumdungen so inhaltsreichen Leben ein plötzlichiges Ende machte. Möge ihr die Erde leicht sein! Die dankbare Sozialdemokratie als laedende Erbin. Die trauernden Blockbrüder als betrübte Holzgerber.“

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Auf Schacht II der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ in Hamborn (Rheinland) wurden zwei Mann bei Ausbrucharbeiten durch das Einatmen schädlicher Gase getödet. 4 Arbeiter wurden bewußtlos ins Krankenhaus gebracht.

Handlung erklärte, dankend auf die Auslieferung vorsetzt. Und trotzdem die standalöse Behandlung des Arbeiters in der freien Schweiz. In Lörbach wurde Siebing dann von der deutschen Polizei verhaftet und nach Braunschweig transportiert, alles der 5 Pfg. halber. Hier wurde er jetzt zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er wegen geringfügiger Sachen schon mit drei Tagen und drei Monaten vorbestraft war. Selbst der Staatsanwalt bebauerte, daß er um solcher Lappalie willen Anklage erheben müsse. Entschuldigend fügte er hinzu, daß er sich sonst nicht recht begung schuldig gemacht hätte. Eine treffliche Illustration der Selbstherrerei in Deutschland, deren Opfer aber immer arme Teufel sind.

Nieder mit der Kritik! Nieder mit der Preßfreiheit! Die Bestrebungen preussischer Richter, unbecommene Kritiker der Herrschenden mit besonders schweren Strafen zu belegen, trat wieder einmal in einem Berliner Unarchistenprozeß zutage. Angeklagt war der Schlosser und Redakteur des „Freien Arbeiters“, Paul Schmid, wegen Aufforderung zur Begehung strafbarer Handlungen und Aufzählung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander. Diese Verstöße gegen das Strafgesetzbuch wurden in einem Artikel „Vive la commune“ in Nr. 11, ferner in einem Artikel derselben Nummer unter der Überschrift: „Die Pariser Kommune“ und in einem Artikel „Eine geschichtliche Lektion“ in Nr. 14 des „Freien Arbeiters“ gefunden. Als Illustration war der Nr. 11 ein Bild angefügt, in dessen Hintergrund eine Fabrik sich zeigt, zu deren Schutz gegen angreifende Arbeiter Militär requiriert worden ist. Diefem steht eine mit Steinen bewaffnete Menge von Arbeitern gegenüber, die mit Steinen auf die Soldaten werfen. In den Artikeln wird Bedeutung und Verlauf der Revolution vom 18. März 1871 geschildert, die dabei begangenen Fehler kritisch beleuchtet und die Mahnung an die Unarchisten daran geknüpft, sich bei einer Wiederkehr der Revolution vor einer Wiederholung dieser Fehler zu hüten. Damit verbunden wird die Mahnung zur Expropriation des Eigentums, zum Generalstreik und zum ökonomischen Terror ausgesprochen. Der Angeklagte und sein Verteidiger Rechtsanwalt Ludw. Friedmann vertraten den Standpunkt, daß es sich um eine historische Kritik längst hinter uns liegender Geschäfte handle und die daraus gezogene Nutzenwendung doch nur für eine in ferner Zukunft vielleicht einmal zu erwartende Erhebung berechnet sei, die doch momentan eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten unmöglich enthalten könne. Staatsanwalt Fiegen war anderer Ansicht und beantragte sechs Monate Gefängnis, Unbrauchbarmachung der Artikel usw. Das Gericht erkannte diesem Antrag gemäß.

Kamerun-Eisenbahngesellschaft.

Diese im Jahre 1906 gegründete Gesellschaft hat jetzt einen Prospekt herausgegeben, in dem sie 11 Mill. Mark nominal „Stalkanteile“ ausbietet. Dieser Zweck bietet einen Einblick in die Art und Weise, wie der Bahnbau in den deutschen Kolonien betrieben wird. Das Kapital beträgt 16 400 000 Mark. Für die Verzinsung dieses Kapitals übernimmt das Reich eine weitgehende Garantie: es garantiert nämlich den Aktionären eine Verzinsung von 3 Prozent jährlich und die Rückzahlung des Kapitals vom fünften Geschäftsjahre an in jährlichen Raten innerhalb 88 Jahren mit einem Zinsfuß von 20 vom Hundert. Mit andern Worten: der Käufer des Papiers hat 3 Prozent des Nominalwertes pro Jahr sicher und bekommt sein Kapital mit 120 statt 100 für jeden Anteil zurückgezahlt. Die Tilgung erfolgt durch Auslösung, so daß ein Glückseligster schon in den nächsten Jahren die 20 Prozent Extraprofit, abgesehen von den Zinsen einstecken kann. Diese Vorteile wirken also den Kapitalisten auch dann, wenn die Bahn zeitweilig Defizite bringt, sie tragen kein Risiko; bringt aber die Bahn Profit, dann bekommen sie den Löwenanteil dieses Profites.

Indessen kann die Gesellschaft Profit nicht nur aus dem Betriebe der Eisenbahn erzielen. Sie erhält nämlich „Landes- und Bergwerks-Berechtigungen“. Längs der Bahnlinie wird ein Streifen Land in der Breite von zwei Kilometer nach beiden Seiten abgeteilt; die Hälfte dieses Landes kann sich die Gesellschaft aneignen. Sie ist ferner berechtigt, im Umkreise von 50 Kilometer vom Endpunkte der Eisenbahn von ihr selbst auszuwählende Ländereien bis zu einem Flächenhalte von 10 000 Hektar von dem dem Schutzgebiete entweder kraft eines privaten oder öffentlich-rechtlichen Titels gehörigen, oder allen als herrenlos ihrem Aneignungsrecht unterliegenden Grund und Boden innerhalb 15 Jahren von der Erteilung dieser Konzession ab sich anzueignen. Die Bergwerksberechtigungen besteht darin, daß auf dem Streifen Land von 100 Kilometer zu beiden Seiten der Bahnlinie die Gesellschaft während 15 Jahren sich 30 000 Hektar Land in einzelnen Partzellen auszuwählen darf, auf denen ihr das ausschließliche Recht der Ausräumung und Gewinnung von Mineralien zusteht. Ferner besteht für die Gesellschaft ein Steuerprivileg, und sie darf aus den Wäldern unentgeltlich Holz für den Bau und für die Erhaltung des Bahntörpers und der Gebäude während der Dauer der Konzession (90 Jahre) entnehmen. Das Steuerprivileg besteht darin, daß die Gesellschaft alles, was sie zum Bau und zur Inbetriebsetzung der Bahn an Material, Maschinen, Werkzeugen usw. braucht, Zollfrei einführen darf; ferner sind der Bahnkörper und die Gebäude für die Dauer der Konzession steuerfrei. Das in Besitz genommene Land bleibt 25 Jahre steuerfrei, wenn es nicht in Kultur genommen wird, und 5 Jahre, nachdem es in Kultur genommen wurde.

Man kann also folgendes feststellen: entweder die Bahn ist ein hoffnungsloses Unternehmen, der Verkehr entwickelt sich nie, und dann trägt das Reich das Risiko, denn es muß das Kapital verzinsen, oder die Bahn entwickelt tatsächlich, und dann wird die Gesellschaft alle Vorteile dieser Entwicklung einstecken. Nehmen wir an, es lohnt längs der Bahnstrecke der Plantagenbetrieb, oder es werden Mineralien gefunden, in diesem Falle wird eben die Gesellschaft von ihrem Rechte Gebrauch machen, wird die Hälfte des bezeichneten Landstriches an sich reißen, den Plantagenbetrieb exploiteren und ihre Hand auf die mineralischen Schätze legen. Offenbar ist das ein glänzendes Geschäft: Risiko gleich Null, weil das Reich dieses Risiko trägt, dagegen ist die Möglichkeit für bedeutenden Profit gegeben.

Einweilen scheint man in diesem die Möglichkeit einer kapitalistischen Ausbeutung der Landgerechtigten und an die Auffindung von Mineralien nicht recht zu glauben. Wäre nämlich diese Hoffnung fest begründet, dann würden sich die Kapitalisten um die Papiertchen reißen, und es wäre die Möglichkeit gegeben, sie sofort zu einem Preise weit über dem Nominalwerte loszuschlagen. In Wirklichkeit bietet das Bankkonjunktium sie unter dem Werte an, nämlich zu 94 für 100 Mark Nominalwert.

Die Zeichnung erfolgte am 27. Mai und ihre Resultate sind aus der Stunde nicht bekannt. Ausgeschlossen ist es nicht, daß ein bedeutender Teil der Papiere in Händen des einflussreichen Konjunktions bleibt. Dieses Konjunktium besteht aus folgenden Banken: Berliner Handels-Gesellschaft,